

## **Haushaltsrede von Rm Monegel (CDU)**

### **Sitzung des Rates der Stadt am 08.07.2010**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wenn man heute Morgen die Zeitungen aufschlägt, so haben ja viele von uns wohl einen Fehler gemacht in den letzten Wochen und Tagen. Da sitzen wir bis spät Abends, wochenlang im Rathaus, das Sommermärchen, der WM-Rausch zieht bei vielen nahezu ungesehen vorbei, sitzen sogar freitags zweimal im Finanzausschuss, sechs-sieben Stunden zusammen und zermartern unsere kleinen kommunalpolitischen Köpfchen. Und dann? Dann kommen die neuen rot-rot-grünen Heilsbringer in Düsseldorf ein paar mal zusammen und regeln alles, fast alles für uns. Das Arbeitslosenzentrum wird wieder durchfinanziert, es regnet „Manna“ vom Himmel, es gibt Altschuldenhilfe von einer halben Milliarde. Einer der recht teuren rot-grünen Punkte. Und über den Flughafen, Herr Krüger, müssen wir uns heute unter TOP 10.5 auch nicht mehr zanken. Der Stillstand in Wickede wird jetzt von Düsseldorf aus organisiert und von daher denke ich, haben wir ja vielleicht ein bisschen Zeit eingespart heute Abend. Also: Es wird alles gut!

Und vieles hat sich auch tatsächlich schon geändert. Wir sehen es hier, dass der nunmehr monatliche Finanzstatusbericht des Kämmers nunmehr „Managementbericht“ heißt. Mit Verlaub, Herr Bürgermeister, daran haben wir uns gewöhnt, Herr Sauer. Wie das Kind heißt, ist uns auch gar nicht mehr so wichtig. Im Bezug auf Offenheit, Klarheit und Transparenz und zeitnahe Informationen hat das jedenfalls, was wir jetzt bekommen, eine Qualität, die wir seit Jahren so nicht gekannt haben. Wir werden uns aber sehr schnell und sehr gern daran gewöhnen.

Um in der Diktion zu bleiben, die „Management-Summary“ meines Beitrages, ganz kurz: Wir sind bereit, diesen „Haushalt der Zuversicht“, so haben Sie es einmal genannt, Herr Stüdemann, auf den Weg zu geben nach Arnsberg, mit dem Haushaltsbegleitbeschluss. Ja, wir sind auch bereit, Verantwortung zu übernehmen für diesen Haushalt. Es ist dann ab heute nicht mehr der Haushalt des Kämmers, es ist dann der Haushalt des Rates. Und wir werden uns nicht achselzuckend auf die Tribüne setzen und sagen: Da sind so viele Unwägbarkeiten oder da sind so viele Luftbuchungen und da fehlt uns noch dies noch und das noch und das Arbeitslosenzentrum hätten wir gerne und das Gesundheitshaus Pudelwohl .... Und die Sexsteuer, das ist auch so eine unzutragliche Geschichte... Nein, wir wollen, dass diese ominöse 5%-Hürde nicht gerissen wird und da setzen wir auch gerne aufs Ganze.

Wir wollen jedenfalls, dass dieser Rat nach monatelangem Stillstand, nach einer Agonie in der Kommunalpolitik und politischer Stagnation, in Dortmund Verantwortung übernimmt und sagt: Kommunale Selbstverwaltung, das heißt, wir wollen selbst bestimmen im Rahmen des Möglichen, was hier in Dortmund passiert. Und wir wollen unter allen Umständen das Heft des Handelns in der Hand behalten als Rat der Stadt. Und lieber Herr Krüger, liebe Freunde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nun kann man zurecht sagen, wie auch einige kritische Kommentatoren aus der Presse es sicherlich nicht zu unrecht in den letzten Wochen gesagt haben, ein Haushalt im Hau-Ruck-Verfahren, ein Etatentwurf mit vielleicht millionenschweren „Luftnummern“, der Rat solle „im Zeitraffer über den Haushalt entscheiden“ usw., alles richtig.

Aber: Wer hat uns dieses Verfahren, was in Folge des 30. oder 31.08.2009 gelaufen ist, eigentlich beschert?

Wer hat denn diese Stadtregierung über Jahre getragen, die uns dieses Desaster im letzten Jahr eröffnen musste?

Wer hat denn jenen OB über Jahre mitgetragen? Der nur ein Tag nach der Wahl am 31.08.2009 gestehen musste, wir können unsere Rechnungen nicht mehr bezahlen.

Wer hat denn die zwei Dezernenten in diesen Verwaltungsvorstand gesetzt, der diese Bilanz zumindest mit zu vertreten hat und:

Wer hat denn diese Kämmerin, die vielleicht ihren Job gemacht hat, aber sicher nicht den Mut hatte die Wahrheit zu sagen, gewählt?

Wir, die CDU-Fraktion, wir waren es sicher nicht.

Lieber Herr Krüger, jetzt aber auch noch was Nettes. Wir schätzen und respektieren Ihren Fleiß, den ihrer Fraktion und Ihr Bestreben, genau hinzugucken. Ihre Akribie in der Arbeit, auch und gerade Ihre Präzision, Ihre Genauigkeit, die Analyse und oftmals auch Ihre kritische Distanz zu den Dingen, das soll durchaus gesagt sein. Aber: Das Ganze muss zu einem Ziel führen.

...

Und das Ziel kann nicht heißen, wir profilieren uns als Opposition. Wenn wir jetzt hier alle sitzen und Opposition spielen, dann kann der Kämmerer mit seinen Truppen arbeiten, wie er will, da kriegen wir keinen Haushalt auf die Schiene, das ist nun mal so. Dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, ist ja schon in anderen Zusammenhängen gesagt worden, aber wissen Sie, man sollte auch in der Bewertung solcher Dinge, wie wir sie jetzt auf dem Tisch haben, bei den Maßstäben bleiben, die man früher auch mal angelegt hat. Und die kann man nicht einfach so in Frage stellen, nur, weil jetzt gerade vielleicht mal schlechte Laune zwischen Ihnen und der SPD herrscht. Das Ziel muss sein: Heute wird ein Haushalt 2010 verabschiedet mit möglichst breiter Mehrheit, der Dortmund die Möglichkeit eröffnet, eigenständig, wenn auch vielleicht mit Auflagen, weiter agieren zu können. Und es wäre gut, wenn Sie dabei wären. Denn eines muss klar sein: Die strukturellen Defizite unseres Etats, die müssen Sie auch mitverantworten und da kann man sich nicht so ganz einfach, ganz, ganz schnell mal davon stehlen.

Und Herr Krüger, das zum Schluss: Man muss auch am Erfolg interessiert sein. Sie vermitteln zur Zeit und zuweilen den Eindruck, als wären Sie das nicht oder zumindest nicht hinreichend. Schon Anfang April, noch im OB-Wahlkampf zur Wiederholungswahl, am 03.04.2010 in der Rundschau, kurz nach der Einbringung des Etatentwurfs sagt der damalige OB-Kandidat Mario Krüger: „Dieser Haushalt wird nicht durchkommen. Er hat keine Chance auf Genehmigung.“ Dabei äußern Sie im gleichen Interview zahlreiche gute und richtige Ideen, Vorschläge - ich mache das jetzt aus Zeitgründen nicht im Detail, ich habe hier alles aufgeschrieben - die wir bis auf einen – nämlich Grund- und Gewerbesteuer anzuheben - alle unterschreiben können. Da gibt es viele Gemeinsamkeiten. Aber seither ist vieles passiert, seit dem 03.04.2010.

Wir haben eine äußerst intensive zumeist präzise und auch kreative Arbeit von unserem Kämmerer und unserer Finanzverwaltung gesehen.

Wir haben zahlreiche weitere Präzisierungen und qualitätssteigernde Beiträge der Verwaltung zu Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Finanzgeschehens in unserer Stadt, sowohl hinsichtlich der Einnahme-, aber auch der Ausgabeposition gesehen und es ist ständig nachgearbeitet worden. Ständig, sowohl am Haushaltsbegleitbeschluss, wie auch am Haushalt selbst, unserem Entwurf und an der Finanzplanung.

Und: Wir haben eine äußerst intensive Beratung in allen Fraktionen erlebt und nicht nur zum Schluss intensive und zuweilen auch kontroverse Verhandlungen mit den städtischen Beteiligungsunternehmen. Die haben aber zu Ergebnissen geführt.

Und was ist noch passiert seit dem 03.04.2010?

Nehmen wir den mal als Index.

Wir haben seither ein Anziehen der Konjunktur, erfreulicherweise.

Wir haben verbesserte Steuerprognosen.

Wir haben erfreulicherweise zur Zeit stagnierende Sozialkosten- und Fallzahlenentwicklungen, unter den zu befürchtenden und zunächst angenommenen Planwerten.

Und noch mal: Wir haben eine erstaunlich kreative, intelligente und an vielen Stellen auch nachhaltig wirksame Erarbeitung von Vorschlägen unserer Verwaltung gesehen, diesen Haushalt auch auf der Aufwands- und der Ertragsseite noch präsentabler zu gestalten.

Und noch vielleicht ein letztes Wort zum Thema „Luftbuchungen“ in den Maßstäben, die ich vorhin angesprochen habe. Man kann ja durchaus der Auffassung sein, wie Sie sie geäußert haben. Es ist ja einiges nachvollziehbar. Die Bewertungen müssen deswegen aber nicht zwangsläufig die gleichen sein. Und da möchte ich Sie einfach mal erinnern, stellen Sie sich mal diesen Doppelhaushalt vor, den Sie seinerzeit noch mit rot-grüner Koalition verabschiedet haben. Nehmen Sie von den 1,8 Milliarden Euro nur zwei, drei Prozent von zwei Jahreszeiträumen an Prognoseunsicherheit - da sind Sie ganz, ganz locker bei den Summen, die Sie jetzt mit gerunzelter Stirn in Zweifel ziehen und sagen: „Freunde, das wird nichts in Arnsberg.“

Lassen Sie die das doch rausfinden. Dann wollen wir mal den interkommunalen Vergleich sehen. Und dann würde ich das Ergebnis gerne mal neben das solcher Städte wie Essen, Köln, Wuppertal, Hagen legen. Also ziehen wir die Kreise mal ein bisschen weiter, ich glaube, da sehen wir in Dortmund nicht so schlecht aus.

Herr Stüdemann, dem ist es offenbar gelungen, bei der Verwaltung, aber auch gerade bei unseren Finanzleuten den „Geist aus der Flasche“ zu lassen. Potenzial auch abzurufen bei den Mitarbeitern und bei den Führungskräften. Kompliment dafür, zumal man das Gefühl haben muss, das ist noch nicht das Ende der Strecke, die Truppe ist mit „ihrem Latein“ noch nicht am Ende und das sollten wir

und das wollen wir nicht bremsen. Und das Wichtigste dabei: Anders als früher hat man als Rat nicht das Gefühl, dass geschönt wird, dass nur die halbe Wahrheit gesagt wird, wenn überhaupt mal was gesagt wird. Das Verschleiern, Hinhalten, Taktieren hat ein Ende gefunden und wir wollen es auch gar nicht mehr anders haben hier im Rat.

Gute Arbeit haben auch die Fraktionen geleistet. Der eine oder andere Vorschlag hat ja schon mal wieherndes Gelächter geerntet, aber alles im allen stimmt ja die Richtung.

Wir haben keine Berge von Wunschlisten.

Wir haben den erkennbaren Willen zur Konsolidierung bei allen Beteiligten.

Wir haben weitgehend den Verzicht auf „Schaufensteranträge“ erlebt und jetzt werden, wie vorhin gesagt, auch die Zahlen besser. Gegenüber dem ersten Entwurf sind die Zahlen um 31 Millionen besser geworden, das ist ja schon mal ein Pfund. Jetzt wird also doch noch Geld gefunden und jetzt wächst die Zuversicht, dass wir die Enden des Haushalts zumindest soweit, dass wir die 5%-Hürde nicht reißen, ungefähr zusammenbekommen.

Und - das schrieb gestern eine Zeitung: „Jetzt gibt es eine „große Koalition“ für den Haushalt.“ Genau so ist es. Und ich will Ihnen auch sagen, wer die „Koalitionäre“ sind.

Das sind zum ersten die freien Träger, die Wohlfahrtsverbände, im sozialen Bereich, die weitgehend klaglos 10% Zuschusskürzungen akzeptiert haben, und das zumindest in der Mittelfristperspektive dauerhaft.

Das sind zum zweiten die Sportler, die auf 20% Zuschuss und Förderung verzichten und dies auch sportlich schultern.

Das sind die Bürgerinnen und Bürger Dortmunds, Vereine, Verbände und ihre Interessenvertreter, die in ihrer Kritik an dem ein oder anderen Vorschlag in aller Regel sehr maßvoll, teilweise auch mit konstruktiven Gegen- oder auch Alternativvorschlägen reagiert haben. Mit Augenmaß und einem grundsätzlichen Verständnis dafür, dass ein Gemeinwesen finanziert werden muss, reagiert haben.

Zum vierten ist dies die Verwaltung, die gut und exakt sowie schnell gearbeitet hat, mit hohem Einsatz und mit hoher Präzision.

Und nicht zuletzt gehören dazu die städtischen Betriebe, die konstruktive und zählbare Beiträge leisten, um in der schwierigen Situation zu helfen.

Die Hartleibigkeit des ehemaligen Kämmerers und jetzigen Konzernchefs Pehlke ist und war dabei bestimmt nicht verkehrt. Das wird beitragen zu besseren, kreativeren und vielleicht auch intelligenteren Lösungen, die kurz- und mittelfristig ertragswirksam werden und durch sinnvolle Kooperation Aufwandspositionen im Kernhaushalt herunterfahren lassen.

Ich glaube, man kann jetzt schon sagen, dieser Ringkampf, der teilweise auf öffentlicher Bühne geführt wurde, hat sich gelohnt. Und er wird Früchte tragen. Und auch hier ist es ein Verdienst des neuen Kämmerers, mit Beharrlichkeit, stoischem Einsatz und Durchsetzungskraft ein neues Verständnis dafür zu finden, was das heißen kann „Konzern Stadt Dortmund“.

Die angestoßene Neudefinition muss in die begonnene Richtung gehen. Wir haben eben idealer Weise nicht hier die Verwaltung und dort eine unter einer Holding versammelte beziehungslos nebeneinander vor sich hin wurstelnde Ansammlung von Beteiligungs-unternehmen, wo jeder in seinem Segment vor sich hin arbeitet.

Ein gut geführter Konzern zeichnet sich vielmehr gemeinhin dadurch aus, dass jeder das tut, was er am besten kann. Jeweils in seiner Kernkompetenz.

Und das Kerngeschäft von Verwaltung ist Verwaltung.

Und das Kerngeschäft von Verwaltung ist zumeist nicht die z.B. kostspielige Bewirtschaftung großer Immobilienvermögen. Das können andere sicher besser und da fängt die Aufgabenkritik schon an.

Vieles bei dem jetzt gewählten Ansatz ist vollkommen richtig. Die städtischen Unternehmen sind optimal einzubinden, wenn Geschäfte auf Gegenseitigkeit erschlossen werden, Geschäftsentwicklung möglich wird.

So wird Substanzverzehr am besten entgegen gewirkt und das auf beiden Seiten, bei der Stadt und bei den Beteiligungsgesellschaften.

Städtische Gebäude und deren Bewirtschaftung an Stadttöchter zu übertragen, die Immobilien gegen monatliche Zahlung zurückzumieten, kann ein erfolgsversprechender Weg sein. Sonderausschüttungen sind es auf Dauer sicher nicht.

Auch nicht die Inanspruchnahme der EDG für artfremde Leistungen wie beim Klinikum. Was hier für 2010 bereits ertragswirksam werden kann, das wissen wir noch nicht in jeder Stelle hinter dem Komma ganz genau, aber der Charme des Prinzips wird an diesem Beispiel „Immobilienvermögen/DOGEWO“ doch klar.

Wir können Effizienz und Kostenvorteile durch Nutzung der Kernkompetenzen der DOGEWO erzielen. Die Stadt reduziert ihren Erhaltungs- und auch ggf. Investitionsaufwand und nicht zuletzt kann damit auch ein allmähliches Auswachsen des einschlägigen eigenen Personalbedarfs sozialverträglich organisiert werden. Das kann also *ein* Weg sein.

Eine weitere Möglichkeit, die Stadttöchter zur Gesundung des Haushalts einzuspannen, das kann die Übertragung von Aufgaben sein, die bisher in Eigenregie wahrgenommen sind. Da sind ein paar Dinge zu nennen:

Das kann z. B. auch die Abwasserentsorgung sein, das Management, der Betrieb des Kanalnetzes. Das können sein Beleuchtung und Wartung der Straßenlaternen der DEW. Das können sein die Sportplatzpflege, Straßenbegleitgrün, warum nicht durch EDG, statt originär durch städtische Truppen? Alles aus einer Hand eben. Da lassen sich sicher Synergien finden.

Jetzt werden Sie sagen: Alles schon gehört. Alles nicht neu.

Aber ich sage Ihnen, wir werden das anpacken müssen. Denn mit der Konsolidierung fangen wir jetzt erst richtig an und wir dürfen bei den Betrieben nicht an die Substanz gehen.

Wir haben trotz gewisser Besserung in den Haushaltszahlen bei weitem keinen Grund zur Euphorie. Finanz- und Wirtschaftskrise, beständige Eingriffe von Bund und Land seit vielen, vielen Jahren in die kommunale Kasse haben unserer Stadt schwerste finanzielle Probleme beschert. Aber nicht zu vergessen, lieber Herr Ernst Prüsse, ganz kurz:

Ursächlich ist auch eine Anhäufung struktureller Probleme der Vergangenheit!

Eine Konsolidierung wird aus dem Kernhaushalt heraus allein allerdings nicht leistbar sein.

Wir brauchen Veräußerungserlöse, wir brauchen eine intelligente, organisierte, dauerhafte Hilfe der kommunalen Unternehmen. Und wenn wir keine „Streichorgie“ wollen, jetzt und in der Zukunft, dann werden wir dies sicherlich für die Dauer der nächsten drei, vier Jahre benötigen. Aber noch viel wichtiger: Wir hier, wir müssen weiter unsere Hausaufgaben machen. Der Konsolidierungsdruck wird absehbar nicht nachlassen. Wir bleiben dramatisch verschuldet. Wir verzehren unser Eigenkapital, wenn auch nicht mehr so schnell. Die Konsequenz kann nur heißen: Spardisziplin!

Durchgreifende Gemeindefinanzstrukturreform, glaubt eigentlich noch jemand daran?

„Altschuldenhilfe“ vom Land NRW für „arme“ Städte - einer der überaus teuren Pläne der neuen Landesregierung. Werden wir dabei sein? Und wenn, in nennenswertem Umfang? Kann das mit nachvollziehbaren Bewertungskriterien objektiv und gerecht organisiert werden oder profitieren am Ende wieder die Kommunen, die seit Jahren wie die Lotto-Könige wirtschaften?

Da werden wir genau hinsehen müssen.

Skepsis ist angebracht, Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen!

Resolutionen und Briefe zu diesem Thema „Finanzausstattung“ haben wir nun schon bis zum Überdruß getippt. Und auch hier diskutiert, seit Jahren. Durchgreifend geändert hat sich nichts. Man wird es leid.

Aber vielleicht führen wir Kommunalpolitiker aber auch schon seit Jahren die falsche Diskussion. Und die dann auch noch zu leise.

Natürlich fehlt uns Geld, viel Geld, zu viel Geld.

Aber ist es nicht so, dass wir Jahr für Jahr wie die ewigen Schulbuben, die wieder mal mit ihrem Taschengeld nicht auskommen, bei Bund und Land anklopfen, Nachforderungen stellen und es im Kern um etwas ganz anderes geht?

Ernst zu nehmende Stimmen sagen:

Die Kommunen leiden im Kern nicht unter Geldmangel, sondern an einem Mangel an Verantwortung. Ich bin sicher, das stimmt.

- Es gibt keine verbindliche Kostenfolgeabschätzung von Gesetzesvorhaben.
- Es gibt keine kommunalen Beteiligungsrechte bei der Meinungsbildung der Länder oder auch Bundesratsentscheidungen.
- Es gibt keine ausreichenden Beteiligungsrechte bei Gesetzesinitiativen des Bundestages.
- Es gibt keine praktisch belastbaren Konnexitätsregeln.

Zum Thema Zahl der Bezirke und Bezirksvertretungen:

Dezentralisierung ist immer teuer und wir müssen als Rat wissen, wie hoch ist eigentlich der „Streitwert“ der Veranstaltung?

Worum geht es eigentlich? Bis jetzt wissen wir das nicht. Die Frage ist so noch nicht entscheidungsreif! Wir müssen wissen:

Wie hoch ist der „Streitwert“ unter definierten Annahmen und ggf. uns vorzulegenden Abbau- oder Rückbauszenarien?

Und einige bedenkenswerte Entscheidungsparameter, Herr Krüger, und Anregungen zu zukünftig veränderbaren Strukturen haben Sie ja auch vorgelegt. Das ist gutes Material, das würden wir gerne mit in diese Debatte hereinnehmen und wir hätten Ihrem Antrag sogar zugestimmt, wenn uns dieser Zeithorizont, den Sie uns vorgeschlagen haben, der sehr ambitioniert und sportlich war und ist, gelegen hätte.

Aber wissen Sie, da halten wir es mal mit unserer Devise „Lieber falsch als schnell“, ironisch gesprochen...

Eine klare Analyse brauchen wir zur Frage des Umbaus und ggf. Rückbaus der Zahl der Stadtbezirke. Wir brauchen zu sachgerechter Diskussion dieser sensiblen Frage alternative Szenarien, Anregungen und Entscheidungsvorschläge anhand objektiver Daten. Das ist der Weg. Und dieser Weg verlangt oder verträgt keine Hektik. Er verträgt auch nicht, auf die lange Bank geschoben zu werden.

Aber eines ist klar: Das Thema „Anzahl und Größe der Bezirksvertretungen“, das sollten wir von dieser Thematik erst einmal abtrennen. Es ist finanziell von untergeordneter Bedeutung und könnte die Debatte entlasten von Emotionen und verständlichen Empfindlichkeiten.

Umbau und Verschlinkung der Verwaltung ist und wird weiter Thema sein. Das verlangt dem Personalkörper und der Belegschaft viel ab. Verlangt werden müssen Flexibilität und konstruktive Mitarbeit der Beschäftigten und auch der Personalvertretung.

Klar muss sein: Wenn man die Finanzen der Stadt anschaut, ist die Stadt Dortmund im Moment ein Sanierungsfall. Und es gibt wenige Arbeitgeber vergleichbarer Größe, die in einer solchen Situation die Zusage des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen aussprechen.

Das ist gut so. Das ist richtig so. Und das wollen wir so.

Aber: Dafür erwarten wir auch eine Gegenleistung. Von den Beschäftigten, von der Personalvertretung, aber auch von den Führungskräften.

Wer hier bei der Stadt Dortmund A15, A16 oder B2 für seine Arbeit erhält, von dem kann man verlangen, dass er diesen Umbau- und Umstrukturierungsprozess aktiv fördert, ihn unterstützt mit Intelligenz, mit Kreativität, Phantasie und Konsequenz.

Wir wollen nicht, dass Phantasie und Energie investiert werden in die Absicherung und in Strategien zur Erhaltung und Konservierung bestehender Strukturen.

Dazu gehört aber auch, dass die Politik keine „Zäune“ errichtet, wenn sie Innovationen will und keine Denkverbote ausspricht: Das darf nicht sein und jenes darf nicht sein.

Die Verwaltung muss denken dürfen und dann werden wir auch gute und diskutable Ergebnisse kriegen!

Und nicht zuletzt in Richtung des OB und an die Verwaltungsspitze gesprochen:

Führungskräfte, denen diese Aktivität und Kreativität abverlangt wird, die müssen auch mal querdenken dürfen, das muss man ihnen aber auch abverlangen. Das ist eine kulturelle Frage, da trägt die Hauptverantwortung der Chef. Ein Klima dafür zu schaffen, das zum Erfolgsfaktor wird.

Und wo wir gerade beim OB sind, noch einige Hinweise und Anmerkungen zum „Pflichtenheft“, einige würden vielleicht lieber sprechen von der „lokalen Agenda“, lokale Agenda für den OB:

Wenn wir Sanierungspotenzial sehen für unseren Haushalt im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit auf verschiedenen Suchfeldern, dann müssen wir als Stadt Dortmund etwas tun in der Pflege und Kultivierung unserer Außenbeziehungen. Im Auftreten nach außen und in der Beziehungspflege zu unserem Umland, da waren wir in der Vergangenheit bei ihren Vorgängern, Herr Sierau, traditionell nicht so gut. Da gibt es Nachholbedarf, da müssen wir sorgfältiger werden und da ist der oberste Repräsentant natürlich der Erste „an der Spritze“.

Ich kann und werde jetzt nicht die Vielzahl unserer Antragsthemen referieren, mit vielen davon haben wir uns ja durchgesetzt.

Aber noch ein wichtiges Thema auch in Richtung OB formuliert:

In den Bereichen „Neuordnung der Jugendhilfedienste“, speziell aber meine ich zum Thema „Trägerstruktur Kindertagesstätten“ im Zusammenhang mit der Gewährleistung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz steckt erhebliche Brisanz und Sprengkraft für unsere Finanzen.

Wenn wir das Thema jetzt angehen wollen, mit Energie und Tatkraft und vor allem ohne die lange so behutsam gepflegten ideologischen Vorbehalte, endlich ohne die längst widerlegte Behauptung: „Wir können alles ganz alleine“ - dann müssen wir in Dortmund jetzt alle Kräfte bündeln und „ins Boot“ holen.

Es wäre gut, es gäbe eine ganz intensive Trägerkonferenz der Kindertagesstätten in Dortmund. Wo alle Sozialverbände an den Tisch kommen, alle Kirchen, alle Elterninitiativen, die sich da engagieren wollen, alle an einem Tisch, mit der Verwaltung am besten und mit einem Rechner. So, wie wir das bei den Nachtragshaushaltdebatten erlebt haben, wo Wege und Modelle erörtert werden, wie die Mittel effizient einzusetzen sind. Für Ertüchtigung, Investition und Betrieb und Management der Einrichtungen. Das muss klappen und das müsste zum Erfolg geführt werden.

Und - sehr geehrter Herr Oberbürgermeister:

Es hat schon unwichtigere Dinge in der Vergangenheit gegeben, bei denen ein OB gesagt hat, das ist wichtig, da setz ich mir „den Hut auf“ und das ist jetzt mal für ein paar Tage Chef-Sache.

Noch ein letzter Punkt, die Sexsteuer. Ich nehme diesen unangenehmen Punkt bewusst zum Schluss. Uns ist klar: die Sache ist höchst umstritten. Die Sache ist äußerst unangenehm. Und dennoch müssen wir das heute beschließen. Als CDU sehen wir da weniger diese fiskalische Bedeutung in dem Thema als vielmehr eine Regulierungs- und Lenkungsfunktion dieser Steuer! Wir haben in Dortmund unzweifelhaft das Problem ausufernden Zuzugs von Straßenprostitution. Von 150 vor einigen Jahren, die diesem Gewerbe nachgingen, ist der Bereich Straßenprostitution sicherlich auf aktuell 800 bis 850 „Damen“ angewachsen und dazu kommt die ganze Entourage mit einem häufig kriminellen Umfeld. Natürlich sehen auch wir die Gefahr des Ausfransens der Szene in die Wohngebiete. Wir wollen als CDU deswegen ein begleitendes ordnungspolitisches Konzept in Abstimmung mit der Polizei. Wir wollen ein Controlling hier in den Ratsgremien und: Wir haben die klare Option, jedenfalls als CDU-Fraktion, wenn das Konzept und der angestrebte Verdrängungseffekt einer solchen Steuer nicht funktioniert, dann müssen wir auch den Mut haben, einen solchen Beschluss wieder zurück zu führen. Dann müssen wir ihn wieder kassieren. Ich sehe keine Gefahr, dass die Politik durch einen solchen Vorgang dann an Akzeptanz oder Glaubwürdigkeit verliert.

Mein und unser Fazit der Etatberatungen zum Abschluss:

Wenn es mal wie derzeit keine festen Koalitionen gibt, fördert das in aller Regel die Ernsthaftigkeit der Diskussionen. Die Fraktionen haben sehr diszipliniert und mit der Bereitschaft debattiert, einander zuzuhören. Der Umgang miteinander, auch in den sehr, sehr anspannenden Finanzausschusssitzungen war durchaus förderlich. Der war geprägt von Respekt und Rücksichtnahme, gutem Stil miteinander zu reden und sich wirklich mal auszutauschen und ich hoffe, dass das im Verlauf der Debatte heute auch so bleibt.

Nach vier Wahlkämpfen in kurzen Abständen haben nämlich die Bürger reine parteipolitische Profilierung im Moment ziemlich satt, glaube ich. Die Bürger wollen, dass die Politik die Stadt voranbringt und die erforderlichen Dinge regelt, einfach ihre Aufgaben erledigt.

Und damit wir genau das tun können, müssen wir diesen Haushalt, damit wir eigenständig bleiben als Stadt, mit dem vorliegenden Begleitbeschluss auf den Weg bringen.

Wir als CDU-Fraktion haben dabei ein gutes Gefühl und es wäre gut, wenn die von mir vorhin umschriebene „große Koalition für diesen Haushalt“ heute im Rat noch ein bisschen breiter würde.

Mit nochmaligem Dank an die Verwaltung für die intensive Arbeit der letzten Wochen bedanke ich mich, auch dafür, dass Sie mir so lange zugehört haben.

**Mario Krüger**

**Rede zum Haushaltsplan 2010  
- es gilt das gesprochene Wort -**

Meine Damen und Herren,

was hat der Dortmunder Haushalt mit der Fußballweltmeisterschaft zu tun? :

Die Fußball-WM: Ein neues Sommermärchen zumindest bis gestern Abend!

Der Dortmunder Haushalt - auch ein Sommermärchen. Allerdings mit einem anderen Beigeschmack. Auch er beginnt wie jedes Märchen mit: Es war einmal.....

Die Geschichte dieses Haushalts beginnt lange vor der Erstellung des Entwurfs, nämlich in den letzten Jahren, insbesondere mit den Ereignissen rund um die so genannte „Haushaltslüge“. Die Situation war dramatischer, als sie uns hier im Rat - und auch uns als Teil der damaligen Ratsmehrheit - über lange Zeit vermittelt worden ist.

Gott sei Dank endet das Dortmunder HH-Sommermärchen nicht mit „...und wenn sie nicht gestorben sind, dann „kämmern“ sie noch heute“.

Die Hauptverantwortlichen sind zwar zum Glück nicht gestorben (Langemeyer, Uthemann), aber eins hat der Dortmunder Haushalt mit der Fußballweltmeisterschaft gemeinsam: Der Traum ist aus! Einen gravierenden Unterschied zwischen der WM und dem Dortmunder Haushalt gibt es sehr wohl:

Der deutschen Mannschaft wird zu Recht ein großes Entwicklungspotential eingeräumt. Ob das auch für den Dortmunder Haushalt gilt, da habe ich große Zweifel. Spätestens in 2 bis 3 Monaten wird sich entscheiden, wie die Bezirksregierung Arnsberg mit dem Haushalt umgehen wird.

Reden wir heute nicht nur über den neuen Haushalt, sondern auch über den neuen Stil der Haushaltsberatungen.

Es ist schon bemerkenswert, mit welchem Engagement, Elan, Energie und Hartnäckigkeit der neue Kämmerer Jörg Stüdemann sich dem maroden städtischen Kassen widmet. Er hat eine ganze Reihe von Prozessen angestoßen, die sich haushaltsentlastend auswirken werden. Die überfällig sind, aber auch Zeit benötigen, um umgesetzt zu werden.

Dieser Haushalt muss darüber hinaus aber, bei allen Dortmunder Details, auch im Zusammenhang mit der generellen Lage der Kommunen gesehen werden:

Neben eigenen strukturellen Problemen, den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise soll auch die Rolle der alten Landesregierung nicht unerwähnt bleiben:

In den Jahren 2005 bis 2009 hat NRW 18 Milliarden € mehr Steuern eingenommen als im Vergleichszeitraum 2000 bis 2004. Statt die Gemeinden an diesen Steuereinnahmen zu beteiligen (rund 4 Milliarden € wurden vorenthalten), wurde

- der Anteil an der Grunderwerbssteuer gestrichen,
- dafür die Beteiligung an den Krankenhausinvestitionen verdoppelt,
- die Bundesbeteiligung an den Kosten des Wohngeldes vorenthalten.

Dies gilt im übrigen auch für die Betriebskosten der U3- Betreuungsplätze. Ferner kommen Kürzungen bei der Schülerbeförderung, der Weiterbildung und in anderen verschiedenen Bereichen hinzu.

Von Beginn der Haushaltsdiskussion an haben wir GRÜNEN zwei zentrale Forderungen an den Haushalt gestellt:

1) Wir müssen alles unternehmen, um nicht in die Haushaltssicherung geraten. Der Haushalt muss belastbar sein. Das, was wir nach Arnsberg schicken, muss von dort mit einer Genehmigung zurückkommen.

2) Mit den noch verbliebenen Möglichkeiten wollen wir im Haushalt einen eindeutigen Investitionsvorrang für Kinder, Jugend, Bildung setzen.

Dann gleichen wir doch mal diese Ansprüche mit der Realität ab.

### **Zur Belastbarkeit des Haushalts:**

#### **Beispiel 1: Erträge aus Finanzanlagen**

Für 2010 sind hier 77,5 Mio. € geplant, im Haushalts-Plan 2009 waren es lediglich 10,8 Mio. €.

Wir haben uns gefragt: Aus welchen Finanzanlagen sollen diese Erträge erzielt werden? Über nennenswerte Aktienbestände oder über Wertpapierfonds verfügt die Stadt im Gegensatz zu den Dortmunder Stadtwerken nicht. Antworten wurden nicht gegeben.

#### **Beispiel 2: Erträge aus Grundstücksveräußerungen**

Im HH-Plan des Fachbereichs StA24 "Allg. Grundvermögen" sind 18,3 Mio. € unter dem Titel „Verkauf von Vermögensgegenstände des Anlagenvermögens“ ausgewiesen worden. Das Jahresergebnis 2009 belief sich demgegenüber auf 1,7 Mio. €, in 2008 waren es 2,5 Mio. €.

Auf unsere Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die Verwaltung den Verkauf von rund 430.000 m<sup>2</sup> Grundstücke im Bereich des Flughafens plant. Rund 24 ha im Bereich des Osterschleppweges sowie rund 19 ha, die bereits heute schon vom Flughafen genutzt werden.

Über den Sinn oder Unsinn einer Umwandlung wertvollen Freiraumes in einem Gewerbegebiet kann man trefflich streiten. Wir wollen diese Umwandlung nicht.

Wenn ich lese, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Aussage zum Kaufpreis gemacht werden kann, ein aufwendiges Planverfahren (Änderung des GEP-, des F-Planes und die Einleitung eines B-Planes) mit ungewissem Ausgang erforderlich ist und dem potentiellen Käufer - den Dortmunder Stadtwerken- ein Rücktrittsrecht eingeräumt werden soll, dann frage ich mich allen Ernstes, auf welcher Grundlage eine entsprechende Forderung haushaltswirksam für 2010 gebucht werden kann.

#### **Beispiel 3: Abführungen der Gesellschaften**

Rund 12 Mio. € sollen über Gewinnabführungen von DSW, EDG und der Stadtparkasse erwirtschaftet werden. Weitere 15 Mio. € sieht der Haushaltsbegleitbeschluss vor. Macht zusammen 27 Mio. €. Schauen wir uns die bisherigen Beschlüsse der Aufsichtsgremien an:

Rund 3,0 Mio. € kommen von der Stadtparkasse, weitere 4,1 Mio. € von der EDG (sofern die Gesellschafterversammlung zustimmt) und 2,8 Mio. € stellt uns gnädigerweise Stadtwerke-Chef Pehlke zur Verfügung. Macht zusammen rund 10 Mio. €. Bleibt eine Lücke von rund 17 Mio. €.

Und wie soll die geschlossen werden?

Durch Kooperationen in der Aufgabenwahrnehmung, sagt die Verwaltung.

Wie diese Kooperationen konkret aussehen, welche Ergebnisbeiträge erzielt werden können, wie die zeitliche Umsetzung aussieht, welche personellen Veränderungen geplant sind..... Fragen über Fragen.

Antworten kann die Verwaltung hierzu nicht geben.

Richten soll es eine Lenkungsgruppe, die am letzten Montag zum ersten Mal getagt hat. Und schauen wir uns die Beteiligten dieser Lenkungsgruppe an: Da haben wir zum einen das Stadtwerke- Gespann Pehlke und Kossak, die nur das Interesse haben, Zahlungsabflüsse in Richtung des städtischen Haushaltes zu vermeiden. Statt über Gewinnabführungen den städtischen Haushalt zu entlasten, werden lieber zusätzliche RWE-Aktien angekauft oder auszuweisende Erträge durch eine vorfristige Umsetzung des BilMoG kompensiert.

Auf der anderen Seite haben wir einen Kämmerer Stüdemann, der sich redlich bemüht, die Interessen der Stadt durchzusetzen sowie einen Aufsichtsvorsitzenden und Oberbürgermeister Sierau, der sich lieber mit der Erarbeitung von Vorlagen zur Bestellung von neuen Dezernenten oder mit Umbau des Stadttamtes 01 beschäftigt.

Fazit:

Der Anspruch „Belastbarkeit des Haushalts“ erscheint uns mehr als fraglich.

Unser zweiter GRÜNER Anspruch an den Haushalt ist der eindeutige Vorrang für Kinder Jugend, Bildung!

Unser GRÜNER Anspruch lautet: Kein Kind darf verloren gehen. Gleiche Chancen für alle, unabhängig von Herkunft. Dieser Anspruch gilt auch bei einem Haushalt, der in seinen Grundfesten erschüttert ist.

Die Notwendigkeiten an dieser Stelle sind groß, das hat auch Bericht zur sozialen Lage gezeigt. Wir brauchen:

- den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze Plätze für unter Dreijährige, insbesondere in der Nordstadt
- den Ausbau der Plätze in der Offenen Ganztagschule
- den Einstieg in gebundenen Ganztag an Realschulen und Gymnasien

um nur einige Beispiel zu nennen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (AKJF) hat diesen Schwerpunkt auf der Grundlage unseres GRÜNEN Antrags ausdrücklich so beschlossen.  
Der Finanzausschuss hat dies einstimmig bestätigt.

Ein wichtiger Baustein unseres Antrags lautete:

„Der AKJF erneuert den Beschluss „Vorrang für Kinder, Jugend und Bildung“ und sieht die Notwendigkeit, durch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung im Gesamthaushalt noch verfügbare Mittel vorrangig in den Ausbau der Betreuungsangebote in Tagesstätten, Tagespflege und Kinderstuben fließen zu lassen.“

Ist das aber wirklich ein Vorrang für Kinder, Jugend und Bildung, wenn

- der Kämmerer vorschlägt, die Gebühren für die Kindertageseinrichtungen zu erhöhen (obwohl der AKJF dies bereits abgelehnt hat!),
- Umschichtungen im Haushalt in Millionenhöhe zwar für die Feuerwehr möglich sind, nicht aber - wie einstimmig beschlossen !- vorrangig für Kinder, Jugend und Bildung,
- zwar Wunschzettel beantragt und beschlossen werden, diese Wunschzettel aber nicht ansatzweise im Haushalt hinterlegt sind.

Beispiel hierfür sind die beschlossenen Anträge der SPD-Fraktion wie zum Beispiel

- die Sicherung der Maßnahmen von Bildung, Erziehung und Integration bei der RAA und im Regionalen Bildungsbüro.

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag: Jedoch Fehlanzeige!

- Medienausstattung an Schulen, 1,1 Millionen für Investitionen, Wartung, Support

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag: Wiederum Fehlanzeige!

Dasselbe gilt auch für:

- das Fachraumentwicklungsprogramm an Schulen, Bereitstellung von 500.000Euro

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag: Erneut Fehlanzeige!

- den Gesundheitsladen Pudelwohl, kommunale Förderung ab 2010 in Höhe von 75.000 Euro

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag:

Mehreinnahmen um Gesamtetat. Woher die kommen sollen: Wieder keine Antwort.

Und genauso läuft es bei den Maßnahmen wie:

- Bedarfsgerechte Sanierung der HS-Standortes Mengeder Markt
- Ausbau von offenen Ganztagschulen im Primarbereich
- Ganztagsbetrieb an Hauptschulen
- Ganztagsbetrieb an Gymnasien und Realschulen
- Sporthalle für das Reinoldus- und Schiller-Gymnasium

und anderen mehr

Das ist kein Vorrang für Kinder, Jugend und Bildung, sondern ein Sandmännchen-Vorrang, der zwar die richtigen Inhalte benennt und damit Hoffnungen schürt, hinsichtlich der Finanzierung aber Sand in die Augen streut!

Man schreibt's mal auf, und der Herr- oder in diesem Fall der Kämmerer -wird's schon richten. Macht er aber nicht, sonst gäbe es ja spätestens heute Vorschläge, wo das Geld dafür herkommen soll.

Unser Fazit: Mit solchen Vorschlägen wird wahrscheinlich ähnlich verfahren werden, wie mit den Beschlüssen der Bezirksvertretungen. Über die heißt es im Beschlussvorschlag der Vorlage:

„Der Rat nimmt die Wünsche, Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen zur Kenntnis. Er lehnt diese ab, wenn sie nicht durch Umschichtungen innerhalb des Haushalts-Planes finanziert werden.“

Der Ehrlichkeit halber sollte man dazufügen: „Das wird wohl nichts.“

Wir haben dagegen zu unseren Veränderungswünschen Finanzierungsvorschläge vorgelegt wie:

- die Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer: plus 30 Millionen € in 2011  
(Die Anhebung entspricht dem Vorschlag der Verwaltung aus dem letzten Jahr)
- die zusätzliche Abführung der Sparkasse: plus 10 Millionen €
- eine saubere Abrechnung des Sozialtickets mit den DSW: plus 6 Millionen €

und vieles mehr!

Das Ergebnis in den Beratungen war eindeutig: Alle im Finanzausschuss abgelehnt!

Deswegen trifft uns der Vorwurf, wir hätten uns in den Schmollwinkel zurückgezogen nicht nur nicht. Er ist auch noch falsch.

Wir haben konkrete Vorschläge zur Einnahmenverbesserung und zur Ausgabenreduzierung aufgezeigt. Diesen sind SPD/CDU nicht gefolgt.

Stattdessen wollen sich SPD/CDU mit diesem fragilen Zahlengerüst auf den Weg in den Arnsberger Wald machen.

Und ich befürchte, dass Sie den Heimweg mit einem kurzen Hemd, einem hochroten Kopf und mit einem großen Aufgabenzettel zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzept in Ihren Händen antreten werden.

Dies wollten wir Ihnen ersparen. Daher haben wir öffentlich, aber auch intern deutlich gemacht, dass es besser ist, sich Zeit für Nachbesserungen zu nehmen, statt übereilt nach Arnberg aufzubrechen. Aber das wollen Sie nicht. Deshalb müssen Sie sich allein auf den Weg machen.

Ich wünsche Ihnen auf diesen Weg viel Glück.  
Hoffnung auf ein gutes Ende habe ich allerdings nicht.

**Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ernst Prüsse  
zum Haushalt 2010  
in der Ratssitzung am 8. Juli 2010**

- Es gilt das gesprochene Wort -

---

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

das Jahr 2010 ist ein Jahr, das in die Geschichte der Stadt Dortmund eingehen wird.

Es ist das Jahr, in dem die Wiederholung einer Oberbürgermeisterwahl stattgefunden hat.

Sehr erfolgreich für Ullrich Sierau, dem ich von dieser Stelle noch einmal ganz herzlich zu seinem souveränen Wahlsieg gratulieren möchte.

Und 2010 ist das Jahr, in dem wir knapp an einem Haushaltssicherungskonzept vorbei kommen werden.

Hier gilt mein Dank dem Stadtkämmerer Jörg Stüdemann und seinen Mitstreitern in der Stadtkämmerei.

Jörg Stüdemann hat geschafft, was viele Kämmerer in anderen Städten vor Neid erblassen lässt: er hat einen Haushalt vorgelegt und durch die Beratungen gebracht, der es der Stadt erlaubt, ohne Eingriffe der Bezirksregierung ihre Zukunft eigenständig zu gestalten.

Viele Jahre lang wurde hier davon gesprochen, dass unser Haushalt „diegelfrei“ sein müsse. Dieses Ziel haben wir erneut erreicht.

Und das nicht etwa deswegen, weil Herr Diegel bald nicht mehr Regierungspräsident sein wird. Sondern weil wir einen Haushalt beschließen werden, der - insbesondere im Vergleich mit anderen Städten - mit einem Jahresfehlbetrag abschließt, der unterhalb des Schwellenwertes für ein Haushaltssicherungskonzept liegt.

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

leider gibt es in unserer Stadt, ja sogar in diesem Hause, immer noch Menschen, die meinen, unsere Haushaltsprobleme seien selbstverschuldet.

Für diese alle noch mal zum Mitschreiben:

*Der kommunale Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben ist (...) gegenüber dem Vorjahr um fast 15 Milliarden Euro abgestürzt. Hauptursache für die aktuelle Schieflage der Kommunalfinanzen ist der Einbruch der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer um 19,7 Prozent. Beim Gemeindeanteil der Einkommensteuer ergab sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 7,7 Prozent“*

Das hat uns die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschrieben. Was ist daran selbstverschuldet?

Da wir die Finanzprobleme nicht selbst verursacht haben, können wir sie nicht selbst beseitigen.

Auch hierzu ein Zitat:

*Wir sind „davon überzeugt, dass nur mit einer umfassenden strukturellen Reform des kommunalen Finanzgefüges die nachhaltige und dauerhafte Gesundung der Gemeindehaushalte geschafft werden kann. Milliardenausfälle auf der Einnahmenseite und eine zusehends überbordende Belastung der Kommunen, vor allem durch Grundsicherung, Eingliederungshilfe und Kosten der Unterkunft, darf nicht länger mit kleinen Trippelschritten begegnet werden. Sowohl die Einnahmenseite als auch die Ausgabenseite müssen jetzt auf den Prüfstand. Gleichzeitig muss hinterfragt werden, ob der Zuweisungsschlüssel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs die Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen noch ausreichend abbildet.*

...

Das hat uns die FDP-Bundestagsfraktion geschrieben. Nichts davon können wir hier vor Ort in Dortmund beeinflussen.

Wir müssen vielmehr darauf hoffen, dass sich die Bundesregierung und die neue Landesregierung ihrer Verantwortung stellen.

Aus Düsseldorf liest man dazu Gutes in der Koalitionsvereinbarung: Es soll eine Konsolidierungshilfe für die durch Altschulden besonders belasteten Gemeinden geben. Ob und inwiefern wir in Dortmund etwas davon haben, lässt sich derzeit nicht sagen. Eventuell können wir für den Haushalt 2011 davon profitieren.

Aus Berlin dagegen hört man leider nur: Abschaffung der Gewerbesteuer. Das wäre allerdings eine erneutes Desaster für unsere Finanzen. Deshalb mein dringender Appell an die Gemeindefinanzkommission: Hände weg von der Gewerbesteuer!

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

es ist uns in einem Kraftakt gelungen, unsere Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen. Wir haben viele Maßnahmen beschlossen, die natürlich bei den Betroffenen selten auf Zustimmung gestoßen sind.

Wir werden zwei neue Steuern einführen: Eine Betten- und eine Sexsteuer, die – auch wenn es so klingt – nichts miteinander zu tun haben.

Mit der Bettensteuer wollen wir die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent für das Beherbergungsgewerbe ausgleichen, die uns Einnahmeausfälle beschert hat.

Mit der Sexsteuer wollen wir die Prostitution besteuern verbunden mit der Hoffnung, damit auch ordnungspolitische Lenkungseffekte auszulösen.

Verabschiedet haben wir uns von einer Idee, die bei einigen Menschen in dieser Stadt wieherndes Gelächter hervorgerufen hat, nämlich der Einführung einer Pferdesteuer. Wir mussten einsehen, dass damit nicht viel Geld zu machen ist.

Abgelehnt haben wir den Vorschlag der Verwaltung, die Hundesteuer zu erhöhen. Mit einer solchen Maßnahme würden wir, so unsere Sorge, vor allem Menschen treffen, für die Hunde eine wichtige soziale Funktion haben.

Weitere Steuererhöhungen haben wir vorerst nicht beschlossen.

Wir werden aber, wenn sich Bund und Land bei der Kommunalfinanzierung nicht bewegen, in den nächsten Jahren um eine Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer nicht herumkommen. Essen hat soeben die Grundsteuer B rückwirkend zum 1.1.2010 von 510 auf 590 Prozent erhöht. Wir haben immer noch 480 Prozent. Duisburg hat, ebenfalls rückwirkend, die Gewerbesteuer auf 490 Punkte erhöht. Wir haben immer noch 468 Punkte.

Ich will die Diskussion über die Gewerbesteuer jetzt nicht beginnen, aber ich habe mich schon sehr darüber gewundert, dass der schärfste Kritiker der letzten Gewerbesteuererhöhung, Herr Schulte von der Signal Iduna, neulich erklärt hat, das Sponsoring für den BVB zu verstärken. Das freut mich natürlich für den Verein, beweist mir aber auch, dass es der Versicherung so schlecht nicht gehen kann, dass sie im Notfall nicht auch noch eine weitere Gewerbesteuer-Erhöhung verkraften kann.

Aber darüber reden wir ein andermal. Und deshalb werden wir alle Anträge, die Steuer jetzt schon zu erhöhen, konsequent ablehnen.

Heftige Diskussionen, wenn auch im Wesentlichen hinter verschlossenen Türen, hat die Forderung des Kämmerers an die Stadttöchter ausgelöst, finanzielle Unterstützung für die Stadt zu leisten.

Insbesondere der Stadtwerke-Chef, der schon vorher in einer Fachzeitschrift erklärt hatte, „*wir haben mit dem Kämmerer vereinbart, nicht auszuschütten*“, hat sich recht schwer getan und das Gespenst eines ausgezehrten Stadtwerke-Konzerns an die Wand gemalt.

Schlussendlich hat aber auch er eingesehen, dass zur kommunalen Trägerschaft bei der Daseinsvorsorge auch gehört, dass die Töchter der Mutter im Ernstfall helfen.

Denn wir haben selbstverständlich - und das sage ich auch an die Adresse des Betriebsrats – genauestens darauf geachtet, dass wir die Substanz unserer Unternehmen nicht gefährden.

Für die Unterstützung danke ich den Geschäftsführern und den Beschäftigten der städtischen Gesellschaften. Sie alle unterstützen die Stadt mit Barleistungen oder durch die Übernahme von kommunalen Aufgaben. Wir sind in Dortmund eben doch eine große Familie!

Auf der Ausgabenseite haben wir größte Disziplin gewahrt.

In Zeiten, wo es vordringlich darum geht, vorhandene Leistungen zu erhalten und Einrichtungen weiter zu betreiben, können wir nicht das Füllhorn ausschütten.

Weiter betreiben wollen und müssen wir natürlich den Aktionsplan Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Wenn für den 4. September wieder eine Demonstration von Rechtsradikalen angekündigt ist, können wir darauf nicht mit Kürzung oder gar Einstellung der Mittel reagieren.

Aber: hier handelt es sich eindeutig um eine sogenannte „freiwillige Leistung“, die wir ohne genehmigten Haushalt nicht erbringen dürfen. Das unterstreicht noch einmal, wie wichtig es ist, dass wir heute den Haushalt mit einem Etatposten für den Aktionsplan beschließen.

Weitere kleinere Ausgabepositionen, die uns wichtig sind, betreffen den Bereich der Sicherheit.

Eine Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit unserer Mitbürger wegen fehlender Feuerwehreinrichtungen und Rettungswagen-Einrichtungen halten wir für unakzeptabel. Deshalb haben wir auch hier Mehrausgaben beschlossen.

Unterstützen wollen wir auch weiterhin soziale Einrichtungen wie den Gesundheitsladen Pudelwohl und das Arbeitslosenzentrum. Hier wollen wir die städtischen Zuschüsse konstant halten. Aber was nicht mehr geht: dass wir die Streichung von Zuschüssen Dritter auffangen. Wir sind nicht der Ausfallbürg für Land oder Bund!

Dass Jugend, Familie und Bildung Schwerpunkte unserer Politik sind, ist in unserem Wahlprogramm vom letzten Jahr nachzulesen. Deshalb ist es nur konsequent, dass wir im Bereich von Schulbaumaßnahmen, insbesondere beim Ausbau des Ganztagsbetriebs an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien verstärkte finanzielle Anstrengungen fordern.

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

ein genehmigter Haushalt bzw. einen Haushalt ohne Haushaltssicherungskonzept ist kein Selbstzweck. Es ist keine Sache, die nur den Kämmerer und die Finanzpolitiker interessiert. Sondern das berührt jeden Menschen in unserer Stadt.

Denn Städte mit einem nicht genehmigten Haushalt sind in ihrer Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt:

- Sie müssen ihre freiwilligen Leistungen zurück fahren; und das sind ausgerechnet diejenigen Leistungen, die für Familien, Kinder und Jugendliche so wichtig sind;
- Sie dürfen keine Ausbildung vornehmen; und das ausgerechnet in einer Zeit, wo überall Ausbildungsplätze fehlen;
- Sie dürfen keine Beförderungen vornehmen; und das ausgerechnet zu einer Zeit, wo wir von den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besondere Leistungen erwarten.

...

Aus Wuppertal kam vor zwei Tagen folgende Horrormeldung: „Die Öffnungszeiten der Wuppertaler Freibäder ändern sich derzeit fast täglich. In der offenen Jugendarbeit sind nicht genug Mitarbeiter vorhanden. Und beim Gesundheitsamt können Untersuchungen nicht durchgeführt werden. Was derzeit geschieht, sind die ersten Auswirkungen davon, dass es der Stadt Wuppertal verboten ist, frei werdende Stellen wieder zu besetzen – vor allem, wenn es um so genannte freiwillige Leistungen geht. Der Grund: Wuppertal befindet sich im Nothaushaltsrecht, und die Düsseldorfer Bezirksregierung untersagt in ihrer Eigenschaft als kommunale Aufsichtsbehörde die Wiederbesetzung der Stellen.

Das heißt: eine Stadt ohne Haushalt ist eine Stadt, die handlungsunfähig ist.

Und deshalb finde ich es unverantwortlich, dass die GRÜNEN, die sich auf Landesebene so konstruktiv in die Regierungsbildung eingebracht haben, hier in Dortmund in Fundamentalopposition machen und den Haushalt ablehnen.

Wenn das alle machen würden, hätten wir keinen Haushalt für das Jahr 2010. Und ohne Haushalt, meine Damen und Herren, hätten wir schneller Wuppertaler Verhältnisse, als wir gucken können.

Dann könnte auch der Aktionsplan Soziale Stadt nicht fortgesetzt werden, dann hätten wir keine Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus, um nur zwei Themen zu nennen, die bisher auch den Grünen wichtig waren. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen: wollen Sie das?

Aber das Verhalten der Grünen hat sich ja schon unmittelbar nach der Kommunalwahl angedeutet beim Versuch, zu einer Neuauflage der rot-grünen Zusammenarbeit zu kommen. Damals haben die Grünen schnell klar gemacht, dass sie nur dann Verantwortung übernehmen wollen, wenn es was zu verteilen gibt und nicht, wenn gespart werden muss. Aber so ist das nun mal, wenn man meint, den besseren Kämmerer in den eigenen Reihen zu haben, nicht wahr, Herr Krüger?

Die Dortmunder Grünen, meine Damen und Herrn, haben sich als reine Schön-Wetter-Partei erwiesen, die sich bei stürmischen Zeiten in ihr Oppositions-Schneckenhaus verziehen und keine Verantwortung übernehmen wollen.

Stattdessen versprechen sie allen möglichen Gruppen, sich für sie einzusetzen, um dann hinterher mit dem Finger auf andere zu zeigen nach dem Motto: „wir wollten Euch ja Geld geben, aber die bösen Sozis waren dagegen“.

Aber so macht man keine verantwortungsbewusste Politik für die Menschen. Wer regierungsfähig sein will, muss auch in stürmischen Zeiten seinen Kopf hinhalten. Dortmunds Grüne können das nicht!

Ganz anders das Verhalten der CDU. Sie hat durchaus konstruktive Vorschläge für den Haushalt gemacht.

Manches, was die CDU will, haben wir nicht mit beschlossen. Manches – obwohl als Prüfauftrag formuliert – hat schon Aufregung bei den Mitarbeitern hervorgerufen. Entscheidend ist: Die CDU stimmt dem Haushalt zu und sichert damit die Handlungsfähigkeit unserer Stadt.

Mit ihrem heutigen Abstimmungsverhalten sorgt die CDU dafür, dass die haushaltslose Zeit endet und wieder Handlungsspielräume für Oberbürgermeister Sierau, seine Verwaltung und die gesamte Politik eröffnet werden.

So übernimmt man echte Verantwortung für Dortmund!

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

wir beschließen heute, am 8. Juli, den Haushalt für das laufende Jahr. Das ist – freundlich formuliert – etwas spät. Eigentlich muss der Haushalt bereits im Vorjahr beschlossen werden. Aber da wir den Entwurf erst am 25. März erhalten haben, konnten wir nicht schneller beraten und entscheiden.

Für 2011 hat der Stadtkämmerer ein anderes Verfahren angekündigt: Schon im September 2010 werden wir den Entwurf erhalten, Und im Dezember soll der Haushalt beschlossen werden. So ist es gesetzeskonform.

Das bedeutet aber, dass wir weniger Zeit für die Beratungen haben werden als in diesem Jahr und dass wir noch weniger Spielräume haben werden als dieses Jahr.

Deshalb appelliere ich schon heute an Sie alle: Lassen Sie uns für den Haushalt 2011 größte Ausgabendisziplin auferlegen, damit wir auch zukünftig ein Haushaltssicherungskonzept vermeiden und die Handlungsfähigkeit der Stadt sicher stellen können.

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

die letzten 12 Monate waren von heftigen Wahlkampfauseinandersetzungen und wilden politischen Scharmützeln geprägt. Diese Zeiten sind vorbei.

Die nächsten Jahre stehen im Zeichen eines neuen Aufbruchs für Dortmund.

Wir haben viele Aufgaben zu erledigen, aber auch die Chance, jetzt das zu ernten, was wir in den vergangenen Jahren gesät haben:

- die endgültige Eröffnung des Dortmunder U steht an,
- nächstes Jahr werden die Thier-Arkaden öffnen,
- der Hauptbahnhof wird weiter saniert,
- der Phoenix-See wird volllaufen und besiedelt,
- 2014 bekommen wir ein Fußballmuseum.

Und bald wird auch der BVB mal wieder Deutscher Meister.

Das sind doch Perspektiven, oder?

Dortmund hat Zukunft. Lassen Sie uns gemeinsam in diese Zukunft aufbrechen!

**- es gilt das gesprochene Wort -**

**Beitrag zum Haushaltsentwurf der Stadt Dortmund**

Sehr geehrter Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

Liebe Gäste,

Die Stadt ist in einer schwierigen Haushaltslage.

Gründe hierfür sind seit Jahren bestehende strukturelle Unterfinanzierung durch Bundesgesetze gerade im Bereich der Sozial oder Transferleistungen.

Aber die Haushaltskrise ist nicht ausschließlich fremdgemacht. Ein großer Teil der Probleme ist in dem mangelnden Sparwillen der Vergangenheit begründet. Hinzu kommen unnötige Großprojekte, beschlossen durch die rot-grüne Ratsmehrheit.

Da ist z.B. der U-Turm mit Betriebskosten von mindestens 3,8 Mio € p.a. 2005 sollten es nur 1,9 Mio. € p.a. sein.

Da ist der Phoenixsee der nötig war, da das Grundwasser angeblich steigt, wenn die Pumpen abgestellt werden. Jetzt wird der See mit Trinkwasser geflutet. Ein teures Vergnügen. Hinter dem Vergnügen Phoenixsee stecken Risiken in Höhe von etwa 90 Mio. € für die Stadt.

Es gibt ein Stadtbahnbauamt, das munter Strecken plant, für die es keinen Auftrag gibt.

Es gibt ein Klinikum, das in den letzten vier Jahren einen Verlust von 50 Mio. € erwirtschaftet hat und erst nachdem externe Berater das Steuer übernommen haben, ist Besserung in Sicht. Was hat die Geschäftsführung nur vorher gemacht?

Aber auch dort fehlen dringend benötigte Investitionsmittel in 3stelligen Millionenbereich. Da fragt man sich warum nicht schon vor Jahren ein starker Partner gesucht worden ist, um die Zukunft des Klinikums zu sichern. Denn genau das hat unsere Fraktion gefordert.

Wollen sie wissen warum das Klinikum aktuell nicht auf unserer Sparliste steht? Ich sage es ihnen: Wir bekommen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Euro mehr für das Klinikum!

Der Zeitpunkt zur Partnersuche wurde verpasst. Und warum? Weil einige Fraktionen hier im Rat sich mehr um Posten und Pöstchen sorgen, als um das Wohl der Stadt!!

Und es ist kein Zufall, wenn ich dabei besonders in Richtung SPD und Grüne schaue.

Aber wo stehen wir aktuell? Ein Rückgriff auf die Haushaltsgeschichte gibt Auskunft:

Seit über 15 Jahren gibt die Stadt mehr Geld aus, als sie einnimmt. Das Ergebnis sind jährliche Neuschulden in großer zweistelliger Millionenumme und einem Gesamt-Konzern-Stadt-Defizit von rund 2 Mrd. €. Die Kreditverbindlichkeiten der Stadt – inkl. Eigenbetrieben – lagen Ende Mai bei rd. 2,3 Mrd. €. Mehr als die Hälfte (rd. 55%) davon entfallen auf Liquiditätskredite. Also auf Kredite, die die Stadt zahlungsfähig halten.

Die Zinslast der Stadt beträgt rund 100 Mio. €. Das sind übrigens 3,17 € jede Sekunde.

Bei Umstellung auf den NKF hatten wir eine Rücklage von 280 Mio. €. Diese Rücklage ist verfrühstückt worden von einer rot-grünen Ratsmehrheit.

Und am Ende fand sich nach der Kommunalwahl sogar plötzlich noch ein Haushaltsloch von 100 Mio. €.

Heute wissen wir, dass der damalige OB und die Kämmerin trotz mehrfacher Nachfragen unserer Fraktion wissentlich die Unwahrheit gesagt haben.

Die Konsequenzen daraus kenne sie alle.

Aktuell versuchen wir ein Loch von ca. 140 Mio. € – laut Haushaltsplanentwurf - zu stopfen

Die Messlatte die es nicht zu reißen gilt, liegt bei knapp unter 100 Mio. € um nicht in die Haushaltssicherung zu kommen.

Im Ergebnis heißt das, wir müssen ca. 40 Mio. € sparen. Damit geben wir wieder 100 Mio. € mehr aus, als wir einnehmen.

Wie begegnen wir dieser Herausforderung? Sparen auf der einen Seite. Einnahmen steigern auf der anderen Seite. Dabei kann es aber nicht sein, dass nur so viel gespart wird, dass wir gerade so nicht in die Haushaltssicherung kommen.

Wir brauchen strukturelle Änderung im Konzern Stadt Dortmund. Wir müssen gerade die Potenziale im Bereich Gebäude, Gebäudemanagement und Personal ausschöpfen. Und gerade dabei darf und sollte es keine Denkverbote geben. Wir sprechen hier vom Verkauf von Gebäuden und Grundstücken - und einem konsequenten Personalabbau.

Deshalb, sehr geehrter OB Sierau, halten wir es für falsch, dass sie im Wahlkampf schon gesagt haben, dass die Stellen in der Verwaltung sicher sind.

Es ist aber richtig und wichtig im Sinne der Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter, dass die neu geschaffene Personalagentur versucht, die Umstrukturierungen abzufedern.

Entlassungen aber grundsätzlich auszuschließen, nimmt uns als Stadt die dringend notwendige Flexibilität um schwierige Umstrukturierungen zu meistern.

Es gilt durch Einsparungen das zu finanzieren, das uns allen wichtig ist, wie bspw.:

- Bildung für alle unabhängig vom Einkommen der Eltern
- Hilfe für die, die sich nicht selber helfen können !!!
- Und vor allem Arbeitsplätze für die Dortmunder und Dortmunderinnen.

Denn es ist 1000 Mal besser dafür zu sorgen, dass sich die Menschen selber helfen können, dass sie Arbeit und Selbstvertrauen haben, als dass sie am Tropf der Transferleistungen hängen und das dann noch als Wohltat zu verkaufen. Das ist es nämlich nicht.

Aber das erfordert auch den Mut an den richtigen und wichtigen Stellen „Nein“ zu sagen. Was tut aber die SPD?

Die Haushaltsvorschläge sind kraftlos und zeugen nicht von einem wirklichen Sparwillen. Stattdessen findet man eine Wunschliste, was unbedingt noch sein muss oder Sachen, die wir schon längst beschlossen haben oder in den Fraktionen bereits Konsens sind, wie Schulsozialarbeit, Fachraumentwicklung oder Sanierung Fritz Henßler berufskolleg.

Echte Sparvorschläge? Ein neuer Radarwagen - die Stadt hat schon vier um die Bürger abzuzocken.

Da war die CDU schon mutiger: Sie fordern Umstrukturierungen gerade bei Personal und Gebäuden und Büroflächen. Die Einbindung von gemeinnützigen Trägern bei der Kinderbetreuung und der Jugendarbeit. Alles Forderungen, die die Fraktion FDP/BL schon seit Jahren stellt, die sinnvoll sind, die die CDU aber leider nicht mit Zahlen hinterlegt hat.

Kommen wir jetzt zu den Grünen:

Ich meine die grüne Partei, die für einen Großteil unserer Haushaltsmisere verantwortlich ist. Die grüne Partei, die ihre Sonnenblume und den passenden Heiligenschein dazu wie eine Monstranz vor sich her trägt. Die grüne Partei, die immer mehr Sozialleistungen fordert. Der zum Haushalt aber nicht viel mehr einfällt, als Steuern zu steigern.

Und nur zur Erinnerung: die Stadt Dortmund besteht nicht nur aus der Nordstadt oder dem Kreuzviertel.

Lieber Herr Krüger, wenn wir das Geld, das sie hier schon verbrannt haben, zur Verfügung hätten, dann könnten wir 10 Arbeitslosenzentren finanzieren. Dann könnten wir zügig die Max-Born Realschule sanieren. Dann könnten wir weiter die Hausaufgabenhilfe für sozial benachteiligte Kinder finanzieren (Jugendförderkreis). Dann wäre ein Schulbus für eine Förderschule nicht der Rede wert.

Gemeinsam mit ihnen ist die Fraktion FDP/BL aber durchaus der Meinung, dass die städtischen Töchter und Unternehmen mehr zur Haushaltskonsolidierung beitragen können als die veranschlagten 15 Mio. €.

Es ist die Pflicht der städtischen Töchter, in der schwierigen Haushaltssituation, die Stadt finanziell zu unterstützen. Aber was tun die Töchter (Verweis auf heutige WAZ)? Sie verschieben Gelder in ihrer Bilanz – rechtlich durchaus zulässig – um möglichst schlecht auszusehen und enthalten somit Geld der Stadt vor. Die Führung der Stadt sitzt hier und nicht in der Degglingstraße.

Unser Dank als Fraktion gilt der Verwaltung und auch vor allem der Kämmerei und dem Kämmerer Herrn Stüdemann.

Sie haben sich alle auf den Weg gemacht um die Potenziale zu heben, die schon vor Jahren hätten gehoben werden können.

Wir sind uns bewusst, dass dieser Haushalt besonders schwierig, problematisch und mit vielen Unsicherheiten behaftet ist. Wie bspw. den 77 Mio. € aus Grundstücks- und Immobilienfinanzerträgen oder auch dem Sozialetat.

Was wir der Verwaltung aber konstatieren, ist der gute Wille und die Absicht zur Konsolidierung. Und das ist das, was Arnsberg sehen will.

Unsere Fraktion wird den meisten Haushaltsbegleitbeschlüssen zustimmen. Und dabei ist uns die Entscheidung nicht leicht gefallen. Beispielhaft sei die Beherbergungssteuer genannt oder die mögliche Erhöhung der Grundsteuer B.

Was wir aber ablehnen, ist die Erhöhung der Gewerbesteuer, denn diese Erhöhung schadet dem Wirtschaftsstandort Dortmund.

Der Begleitbeschluss zum Haushaltsplanentwurf 2010 sieht durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer von derzeit 468% auf 490% Mehreinnahmen von mindestens 11,2 Mio. € ab 2012 vor.

Damit würde Dortmund – zusammen mit Oberhausen – nicht nur eine Spitzenposition bei den Gewerbesteuersätzen in NRW einnehmen, sondern sendet mit der Hebesatzerhöhung ein falsches Signal über die Wirtschaftsfreundlichkeit des Standortes Dortmund, der auch durch die Ausweisung neuer Gewerbe- und Industrieflächen nicht kompensiert werden kann.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist in der gegenwärtigen Wirtschaftslage das völlig falsche Signal. Bislang hat sich der Arbeitsmarkt in Dortmund erfreulich stabil gezeigt, was insbesondere auch darauf zurückzuführen ist, dass die Dortmunder Unternehmen seit Beginn der Wirtschaftskrise überwiegend auf Entlassungen verzichtet haben. Damit haben sie einen wichtigen und kostenträchtigen Beitrag zur Abfederung der Krisenfolgen geleistet. Mit einer Anhebung des Hebesatzes würden diese Unternehmen doppelt belastet.

Oder glauben sie ernsthaft, es kommen neue große und kleine Firmen nach Dortmund, wenn wir demnächst einen der höchsten Hebesätze in ganz NRW haben?

Dabei kommt es auch nicht darauf an, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer nur kommt, wenn Bund oder Land nicht doch noch Geld rüber schieben.

Ja was glauben sie denn? Wo leben sie denn? Glauben sie ernsthaft wir bekommen deutlich mehr Geld?

Die neu geplante Minderheitsregierung in NRW von Rot-Grün will jetzt schon 2 Mrd. Euro. Schulden machen, um die Wahlversprechen halten zu können...

Wenn die Studiengebühren wegfallen und keine ausreichende Gegenfinanzierung gemacht wird geht es um ca. 440 Arbeitsplätze an der TU Dortmund.

Am Ende werden wir wieder da stehen wo wir vor 5 Jahren gestartet sind: Schlechte Unis, überfüllte Hörsäle und schlecht Studienbedingungen. Das ist dann das Ergebnis Rot-Grüner Politik.

Aber es zeigt sich schon ein dunkelroter Faden in dieser Politik. Schulden für die nächsten Generationen.

Das schlimmste ist aber, dass sie mit ihrer Minderheitsregierung bewusst auf eine Partei setzen, die vom Verfassungsschutz zu Recht beobachtet wird.

Sie machen sich abhängig von Leuten, für die die DDR ein Vorzeigestaat und kein Unrechtsstaat war. Ich empfehle einen Besuch in Hohenschönhausen, Stasigefängnis in Berlin, damit sie ihre neuen Partner richtig kennen lernen...

Aber zurück zu Dortmund....

Umbau heißt auch Umbau im Bereich der Dezernate. Das frei werdende Infrastrukturdezernat muss neu besetzt werden. Das ist sinnvoll und gut.

Aber warum soll das Sozialdezernat neu ausgeschrieben werden? Früher war es auch mit Jugend, Familie und Schule zusammen gebündelt.

Es war dank des ausscheidenden Dezernenten Herrn Oberstadtdirektor Pogadl auch gut geführt. Aus diesem Grund haben wir zur heutigen Sitzung des Rates einen Antrag eingebracht, der genau dies fordert.

Ein Punkt, der bei allen Sparbemühungen nicht auf der Strecke bleiben darf, ist die Sicherheit. Es darf in unserer Stadt keine „Angsträume“ geben, wie sie in der Vergangenheit bereits in der Arbeit von Kindern der Nordstadtschulen zum Ausdruck gekommen sind.

Dabei spielt die Gewaltkriminalität - gerade durch junge Straftäter - eine gewichtige Rolle. Diesem Gefühl subjektiver Bedrohung in der Stadt muss durch präventive Maßnahmen wirkungsvoll begegnet werden. Unsere Vorstellung von einer sicheren Gesellschaft lässt sich nur verwirklichen, wenn die Kräfte von Polizei, Justiz, Schule, Verwaltung von Wohlfahrtspflege gebündelt werden.

Hierzu werden wir uns – wenn auch in der Vergangenheit in diesem Hause abgelehnt - weiterhin für die Einrichtung eines 200 Mann starken städtischen Einsatzdienstes einsetzen, der für mehr Sicherheit und Ordnung auf den Dortmunder Straßen sorgt.

Als Ansprechpartner für alle Fragen rund um die allgemeine Ordnung soll er den Dortmunder Bürgern rund um die Uhr zur Verfügung stehen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften kontrollieren. Sicherheitsrelevante Aufgaben können nur von qualifiziertem Personal und nicht von geringer qualifizierten Kräften übernommen werden.

Dem Modell des derzeitigen Service- und Präsenzdienstes räumen wir daher nur wenige Erfolgchancen ein. Und auch den Antrag der Kollegen der CDU halten wir für nicht weitgehend genug.

Zum Schluss möchte ich kurz auf unseren eigenen Haushaltsantrag eingehen: In unserem 13 Seiten umfassenden Haushaltsantrag haben wir zahlreiche Sparvorschläge mit einem Gesamtvolumen von

rd. 27 Mio. € bis 2013 unterbreitet. Zwei davon – nämlich die Schließung des Büros für Anregungen, Beschwerden und Chancengleichheit und die Materialbeschaffung über Einkaufsgenossenschaften stehen heute noch zur Abstimmung. Und vielleicht gelingt es den Grünen ja heute auch, ein Votum zum ABC-Büro mit etwas längerer Haltbarkeit zu fassen.

Als einzige Fraktion haben wir die Entschlossenheit gezeigt, konkrete Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der von uns abgelehnten Gewerbesteuererhöhung aufzuzeigen. Uns ist bewusst, dass unsere Vorschläge massive Einschnitte in vorhandene Strukturen bedeuten, die angesichts der derzeitigen Umstände jedoch unvermeidbar sind.

Die wichtigsten hatte ich bereits genannt. Weitere Forderungen waren bspw.:

- eine pauschale 8%ige Kürzung der Zuwendungen an die Wirtschaftsförderung über den bisherigen Konsolidierungsbeitrag hinaus. Wir sind der Ansicht, dass dieser bei einem Volumen von 11 Mio. € noch verkraftbar ist.
- der Aktionsplan für mehr Demokratie, der jüngst wieder mit 100.000 € jährlich in den Haushalt eingestellt wurde. Hier halten wir einen auf 20% reduzierten Ansatz für ausreichend.
- Mit der Abschaffung der Masterpläne Wohnen, Mobilität und Integration – durchaus nette Hochglanzbroschüren – können Arbeitsstunden erheblich reduziert werden.
- Bei der Hundesteuer – inzwischen ja wohl gänzlich vom Tisch – sehen wir noch Spielraum und halten eine Erhöhung um 24 € pro Jahr für vertretbar.
- Das Betriebsrestaurant – ohnehin ein Zuschussbetrieb von weit über 300.000 € jährlich – sollte auch die Zuschüsse für das Mittagessen verzichten. Das Essen ist so gut, dass die Gäste gerne auch 3,70 € mehr bezahlen.
- Die für 2012 an die DSW21 geplante Überführung des Stadtbahnbauamtes – jährlich zwischen 1,6 und 1,8 Mio. € Defizit im städtischen Haushalt verankert – muss sofort erfolgen.
- Die Schließung eines Hallenbades halten wir für sinnvoll, machbar und vertretbar.
- Aber auch uns selbst haben wir nicht von den Sparbemühungen ausgenommen. Analog zu den im Kinder- und Jugendbereich anvisierten Einsparungen von 8%, halten wir auch eine Reduzierung der Fraktionsetats in gleicher Höhe für machbar.

Da unsere Deckungsvorschläge im Finanzausschuss nicht in dem Umfang mitgetragen wurden, wie es für die Kompensation der Gewerbesteuer erforderlich gewesen wäre, werden wir dem Haushalt daher in Gänze nicht zustimmen.

Abschließend möchte ich nun zu den vorgelegten Anträgen der anderen Fraktionen kommen.

► Den SPD-Antrag werden wir in folgenden Punkten ablehnen:

- Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie: Hier habe ich bereits auf den zu hohen Mittelansatz hingewiesen
- die Einführungswoche für Auszubildende halten wir in der derzeitigen Haushaltssituation für nicht zwingend erforderlich.
- Sowohl die Anschaffung eines 5. Radarwagens als auch die Digitalisierung von Blitzfotos sehen wir vor dem Hintergrund problematischer Refinanzierungsmöglichkeiten kritisch.
- Für die Schaffung eines Finanztopfs für die Reparatur und den Austausch maroder Spielgeräte sehen wir nicht den Rat, sondern vielmehr die jeweiligen Bezirksvertretungen in der Verantwortung.

- Enthalten werden wir uns hinsichtlich des Punktes zur Finanzierung des Arbeitslosenzentrums. Hier halten wir eine parallele Beratung der künftigen Finanzierungsstrategien für sinnvoll und effektiver.

- Und auch bei der Medienausstattung an Schulen wäre eine vorgeschaltete Prüfung des Gebrauchs vorhandener Ausstattungen sinnvoller. Daher erfolgt auch hier eine Enthaltung.

► Dem CDU-Antrag stimmen wir grundsätzlich zu. Bei einigen Punkten haben wir freilich Bedenken:

- Auf die Ablehnung des Antrags zum Servicedienst habe ich bereits verwiesen.

- Mangels näher konkretisiertem Übergangszeitpunkt lehnen wir auch den Antrag zur Übertragung der Stadtbahnanlagen auf die DSW21 ab. Unser eigener Antrag war hier weitergehender.

- Und auch den Punkt „Sanierung Gesundheitsamt“ lehnen wir ab, da wir einen Abriss des Gebäudes für sinnvoller halten.

► Den Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen lehnen wir in folgenden Punkten ab:

Die Resolution zur „strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen“ lehnen wir ebenso ab, wie den Punkt 2.1. (Effizienz bei der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben), den Punkt 4.8 (Schlussverwendungsnachweis für Stadtbahnanlage) sowie den Punkt 6.2. (Fonds für Energieeinsparmaßnahmen) und den Antrag zu 10.4 (Komplementärfinanzierung in der Schwangerschaftsberatung).

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

## **Haushaltsrede von Rm Krüger (Bündnis 90/Die Grünen)**

Was hat der Dortmunder Haushalt mit der Fußballweltmeisterschaft zu tun?:

Die Fußball-WM: Ein neues Sommermärchen! Der Dortmunder Haushalt – auch ein Sommermärchen. Allerdings mit einem anderen Beigeschmack.

Auch er beginnt wie jedes Märchen mit: Es war einmal.....

Die Geschichte dieses Haushalts beginnt nämlich lange vor der Erstellung des Entwurfs, nämlich in den letzten Jahren, insbesondere mit den Ereignissen rund um die so genannte „Haushaltslüge“.

Die Situation war dramatischer, als sie uns hier im Rat – und auch uns als Teil der damaligen Ratsmehrheit – über lange Zeit vermittelt worden ist.

Gott sei Dank endet Dortmunder HH-Sommermärchen nicht mit „...und wenn sie nicht gestorben sind, dann „kämmern“ sie noch heute“.

Die Hauptverantwortlichen sind zwar zum Glück nicht gestorben (Langemeyer, Uthemann), aber eins hat der Dortmunder Haushalt mit der Fußballweltmeisterschaft gemeinsam: Der Traum ist aus! Der deutschen Mannschaft wird ein großes Entwicklungspotential zurecht eingeräumt.

Ob das auch für den Dortmunder Haushalt gilt, werden wir spätestens in 2 bis 3 Monaten erfahren, wenn sich die Bezirksregierung mit dem Haushalt beschäftigt hat.

Deshalb: Reden heute nicht nur über den neuen Haushalt. Sondern auch über neuen Stil.

Es ist schon bemerkenswert, mit welchem Engagement, Elan, Energie und Hartnäckigkeit der neue Kämmerer Jörg Stüdemann sich den maroden städtischen Kassen widmet.

Er hat eine ganze Reihe von Prozesse angestoßen, die sich haushaltsentlastend auswirken werden. Die überfällig sind, aber auch Zeit benötigen, um umgesetzt zu werden.

Dieser Haushalt muss aber, bei allen Dortmunder Details, auch im Gesamtzusammenhang der Lage der Kommunen gesehen werden:

### **Einordnung der HH- Situation in Gesamtkommunalfinanzierung:**

siehe GRÜNER HH-Antrag (kurz!)

Neben eigenen strukturellen Problemen, den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise soll aber auch nicht die Rolle der alten Landesregierung unerwähnt bleiben:

In den Jahren 2005 bis 2009 hat NRW 18 Milliarden € mehr Steuern eingenommen, als im Vergleichszeitraum 2000 bis 2004.

Statt die Gemeinden an diese Steuereinnahmen zu beteiligen (rund 4 Milliarden € wurden vorenthalten), wurde

- der Anteil an der Grunderwerbssteuer gestrichen,
- dafür die Beteiligung an den Krankenhausinvestitionen verdoppelt
- die Bundesbeteiligung an den Kosten des Wohngeldes vorenthalten
- dies gilt im Übrigen auch für die Betriebskosten der U3- Betreuungsplätze
- ferner kommen Kürzungen bei der Schülerbeförderung, der Weiterbildung und in anderen verschiedenen Bereichen hinzu.

Von Beginn an haben wir zwei GRÜNE Anforderungen an den HH gestellt:

- 1) Nicht in die Haushaltssicherung geraten.  
HH muss entsprechend belastbar sein. Das, was wir nach Arnsberg schicken, muss von dort mit einer Genehmigung zurückkommen.

- 2) Mit den verbliebenen Möglichkeiten:  
eindeutiger Vorrang für Kinder, Jugend, Bildung

Dann gleichen wir doch mal diese Ansprüche mit der Realität ab.

### 1) Belastbarkeit des HH

Unterschied zu den vergangenen Jahren eindeutig erkennbar:

Detaillierter, bemühter, transparenter. Das ist positiv. (selbstkritisch: Das hätten wir uns auch in den Jahren vorher gewünscht, haben es aber auch in der Beteiligung an Mehrheit nicht durchsetzen können).

Grundlegende Veränderung durch den neuen Kämmerer.

Aber:

Auch Tischvorlagen, Unklarheiten, nicht belastbare Buchungen.....

Deshalb haben wir beim Haushalt das Gefühl: Man springt auf ein Schiff, das Gefahr läuft, noch im Hafen zu sinken. Warum? Unsicherheiten des Haushalts aufzeigen, vieles ist unklar:

#### Beispiel 1:

- Erträge aus Finanzanlagen  
77,5 Mio. € sind für 2010 geplant,  
im HH-Plan 2009 waren es lediglich 10,8 Mio. €

Wir haben uns gefragt aus welchen Finanzanlagen sollen diese Erträge erzielt werden?

Über nennenswerte Aktienbestände oder über Wertpapierfonds verfügt die Stadt im Gegensatz zu den Dortmunder Stadtwerke nicht.

Antworten wurden nicht gegeben.

#### Beispiel 2:

- Erträge aus Grundstücksveräußerungen  
18,3 Mio. € sind im HH-Plan des Fachbereichs StA24  
Allg. Grundvermögen unter dem Titel „Verkauf von Vermögensgegenstände des Anlagenvermögens“ ausgewiesen.

Das Jahresergebnis 2009 belief sich demgegenüber auf 1,7 Mio. €, in 2008 waren es 2,5 Mio. €

Auf unsere Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die Verwaltung den Verkauf von rund 500.000 m<sup>2</sup> Grundstücke im Bereich des Flughafens plane. Rund 24 ha im Bereich des Osterschleppweges sowie rund 19 ha, die bereits heute schon vom Flughafen genutzt werden.

Über den Sinn oder Unsinn einer Umwandlung wertvollen Freiraumes in einem Gewerbegebiet kann man trefflich streiten. Wir wollen dies nicht.

Wenn ich aber lese, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Aussagen zum Kaufpreis gemacht werden kann, eine aufwendiges Planverfahren (Änderung des GEP-, des F-Planes und die Einleitung eines B-Planes) mit ungewissen Ausgang erforderlich ist und dem potentiellen Käufer –die Dortmunder Stadtwerke- ein Rücktrittsrecht eingeräumt werden soll, dann frage ich mich allen Ernstes

auf welcher Grundlage eine entsprechende Forderung haushaltswirksam für 2010 gebucht werden kann.

### **Beispiel 3:**

- Abführungen der Gesellschaften  
Rund 12 Mio. € sollten über Gewinnabführungen von DSW, EDG und der Stadtparkasse erwirtschaftet. Weitere 15 Mio. € sieht der Haushaltsbegleitbeschluss vor. Macht zusammen 27 Mio. €.

Schauen wir uns die bisherigen Beschlüsse der Aufsichtsgremien an:

Rund 3,0 Mio. € kommen von der Stadtparkasse, weitere 4,1 Mio. € von der EDG (sofern die Gesellschafterversammlung zustimmt) und 2,8 Mio. € stellt uns gnädigerweise Stadtwerke-Chef Pehlke zur Verfügung.

Macht zusammen rund 10 Mio. €. Bleibt eine Lücke von rund 17 Mio. €. Und wie soll die geschlossen werden?

Durch Kooperationen in der Aufgabenwahrnehmung, sagt die Verwaltung.  
Wie diese konkret aussehen, welche Ergebnisbeiträge erzielt werden können, wie die zeitliche Umsetzung aussieht, welche personellen Veränderungen geplant sind

Fragen über Fragen. Antworten kann die Verwaltung hierzu nicht geben. Richten soll es eine Lenkungsgruppe, die am letzten Montag zum ersten Mal getagt hat. Und schauen wir uns die Beteiligten dieser Lenkungsgruppe an:

Da haben wir zum Einen das Stadtwerke- Gespann Pehlke und Kossak, die nur das Interesse haben Zahlungsabflüsse in Richtung städtischen Haushaltes vermeiden. Statt über Gewinnabführungen den städtischen Haushalt zu entlasten werden lieber zusätzliche RWE-Aktien angekauft oder auszuweisende Erträge durch eine vorfristige Umsetzung des BilMoG kompensiert.

Auf der anderen Seite haben wir einen Kämmerer Stüdemann, der sich redlich bemüht die Interessen der Stadt durchzusetzen und einen Aufsichtsvorsitzenden und Oberbürgermeister Sierau der sich lieber mit der Erarbeitung von Vorlagen zur Bestellung von neuen Dezernenten oder mit Umbau des Stadtamtes 01 beschäftigt.

### **Fazit daraus entwickeln!**

#### **Zweiter GRÜNER Anspruch an HH:**

#### **Vorrang für Kinder Jugend, Bildung!**

Unser GRÜNER Anspruch: Kein Kind darf verloren gehen.  
Gleiche Chancen für alle, unabhängig von Herkunft

Dieser Anspruch gilt auch bei einem HH, der in seinen Grundfesten erschüttert ist

Notwendigkeiten an dieser Stelle sind groß, das hat auch Bericht zur sozialen Lage gezeigt:

- Ausbau der Plätze für unter Dreijährige, insbesondere in Nordstadt
- Ausbau der Plätze in der Offenen Ganztagschule
- Einstieg in gebundenen Ganztags an Realschulen und Gymnasien

um nur einige Beispiele zu nennen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie hat diesen Schwerpunkt auf der Grundlage unseres GRÜNEN Antrags ausdrücklich so beschlossen

Der Finanzausschuss hat dies einstimmig bestätigt.

Ein wichtiger Baustein unseres Antrags: Der AKJF erneuert den Beschluss „Vorrang für Kinder, Jugend und Bildung“ und sieht die Notwendigkeit, durch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung im Ge-

Samthaus noch verfügbare Mittel vorrangig in den Ausbau der Betreuungsangebote in Tagesstätten, Tagespflege und Kinderstuben fließen zu lassen.

Ist das aber wirklich ein Vorrang für Kinder, Jugend und Bildung wenn

- der Kämmerer vorschlägt, die Gebühren für die Kindertageseinrichtungen zu erhöhen (obwohl der AKJF dies bereits abgelehnt hat!)
- Umschichtungen im Haushalt in Millionenhöhe zwar für die Feuerwehr möglich sind, nicht aber – wie einstimmig beschlossen! vorrangig für Kinder, Jugend und Bildung
- zwar Wunschzettel beantragt und beschlossen werden, diese Wunschzettel aber nicht ansatzweise im Haushalt hinterlegt sind

Beispiel (aus dem Antrag der SPD, der im Finanzausschuss zu großen Teilen beschlossen wurde):

- Sicherung der Maßnahmen von Bildung, Erziehung und Integration bei der RAA und im Regionalen Bildungsbüro

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag Fehlanzeige!

- Medienausstattung an Schulen, 1,1 Millionen für Investitionen, Wartung, Support

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag Fehlanzeige!

- Fachraumentwicklungsprogramm an Schulen, Bereitstellung von 500.000 Euro

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag Fehlanzeige!

- Gesundheitsladen Pudelwohl, kommunale Förderung ab 2010 in Höhe von 75.000 Euro

Inhaltlich vollkommen richtig, Finanzierungsvorschlag: Mehreinnahmen um Gesamtetat. Woher die kommen sollen: Fehlanzeige!

Dies gilt auch für Maßnahmen wie:

- Bedarfsgerechte Sanierung der HS-Standortes Mengeder Markt
- Ausbau von offenen Ganztagschulen im Primarbereich
- Ganztagsbetrieb an Hauptschulen
- Ganztagsbetrieb an Gymnasien und Realschulen
- Sporthalle für das Reinoldus- und Schiller-Gymnasium

und andere mehr.

Das ist kein Vorrang für Kindr, Jugend und Bildung, sondern Sandmännchen-Vorrang: Sand in die Augen streuen!

Man schreibt`s mal auf, und der Herr- oder in diesem Fall der Kämmerer -wird`s schon richten. Macht er aber nicht, sonst gäb es ja spätestens heute Vorschläge, wo das Geld dafür herkommen soll.

Fazit: Mit solchen Vorschlägen wird wahrscheinlich ähnlich verfahren werden, wie mit den Beschlüssen der Bezirksvertretungen. Über die heißt es im Beschlussvorschlag der Vorlage:

„Der Rat nimmt die Wünsche, Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen zur Kenntnis. Er lehnt diese ab, wenn sie nicht durch Umschichtungen innerhalb des HH-Planes finanziert werden.“

Der Ehrlichkeit halber sollte man dazufügen: „Das wird wohl nichts.“

Dann:

GRÜNER HH-Antrag

Wichtiges Merkmal: Hinterlegung der Wünsche mit Finanzierungen:

- Gewerbe- und Grundsteuer: plus 30 Millionen Euro in 2011 (Die Anhebung entspricht dem Vorschlag der Verwaltung aus dem letzten Jahr, ist also keine Spinnerei-
- Abführung der Sparkasse: plus 10 Millionen Euro
- saubere Abrechnung des Sozialtickets mit den DSW: plus 6 Millionen

und viele andere Vorschläge!

Alle im Finanzausschuss abgelehnt!

Mitnichten haben wir uns im Schmollwinkel zurückgezogen.

Wir haben konkrete Vorschläge zur Einnahmenverbesserung und zur Ausgabenreduzierung aufgezeigt. Diesen sind SPD/CDU nicht gefolgt.

Statt dessen wollen sich SPD/CDU mit diesem fragilen Zahlengerüst auf den Weg in den Arnsberger Wald machen.

Und ich will Ihnen prophezeien, wie Sie den Heimweg antreten werden. Geteert und gefedert wird Ihr Kleid sein und ein großer Augabenzettel –die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzept- werden Sie in Ihren Händen tragen.

Und dies wollten Ihnen ersparen. Daher haben wir intern deutlich gemacht, dass es besser ist sich Zeit für Nachbesserungen zu nehmen statt übereilt nach Arnsberg aufzubrechen.

Aber das wollen Sie nicht. Deshalb müssen Sie sich allein auf den Weg machen.

Ich wünsche Ihnen auf diesen Weg viel Glück.

Fazit:

Wir lehnen ab.

## Haushaltsrede von Rm Münch (FBI)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushalt hat eine Schieflage. Jetzt gucken Sie nicht so traurig Herr Kämmerer, daran sind Sie nicht schuld. Sie und Ihr Team haben verdammt gut Arbeit geleistet. Aber der Haushalt hat deshalb eine Schieflage, weil die Politik sich weiterhin vom Sparen ausnimmt. Und in der Tat, diesen Vorwurf könnte man Ihnen vielleicht machen Herr Kämmerer, Sie waren nicht mutig genug, um auch die Politik ans Sparen zu bringen. Es ist sicherlich auch schwierig, dem Rat eine Vorlage vorzulegen, dass die Fraktionszuwendungen für die Fraktionen im Rathaus gekürzt werden, aber das sei erst einmal dahingestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wer nicht in die Haushaltssicherung schlittern will, wird nicht drum herum kommen, auch in Jahrzehnten liebgewordene politische Strukturen aufzugeben und auch endlich einmal bei den Fraktionen zu sparen. Wer Kinder, Jugend und Bildung fördern will, braucht Geld und muss in anderen Bereichen sparen und ich bin eher bereit bei Ratsvertretern, bei Bezirksvertretern und auch bei den Fraktionszuwendungen zu sparen, als bei Kindern, Jugend und Bildung. Die Fraktionen erhalten jährlich 1,5 Millionen Euro Zuwendungen. Überall wird gespart, nur hier nicht. Keine andere Stadt in NRW gibt soviel Geld für die Politik aus, wie Dortmund, deshalb der Antrag der FBI auf 50%-ige Reduzierung, aber wir lassen ja mit uns reden und sind auch bereit, wenn Sie unbedingt dieses Geld brauchen, uns mit einem kleineren Kürzungsbeitrag zufrieden zu geben. Aber wenn selbst GRÜNE und LINKE hier nicht auf ihre Pfründe verzichten wollen, ist das schon ein bemerkenswertes Zeichen für den Niedergang der politische Kultur in Dortmund.

Eine andere Sache sind die Stadtbezirke. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD hat sich in dieser Stadt eingenistet wie die Made im Speck. Sie hat Strukturen in 60 Jahren geschaffen, teilweise an der Gemeindeordnung vorbei mit Sondergenehmigung, so dass wir 12 Stadtbezirke und 12 Bezirksvertretungen statt 10 haben und damit die meisten Bezirksvertreter in ganz Deutschland. Es ist meiner Meinung nach an der Zeit, an diesen alten offenbar lieb gewordenen Strukturen ebenfalls die Sparaxt anzulegen. Davon wären zwar alle betroffen und ich sehe leider auch bei den Grünen und bei der CDU große Übereinstimmung um Gotteswillen, bloß nicht die Anzahl der Bezirksvertretungen zu kürzen und eigene Mandatsträger zu verlieren. Der Vorschlag der FBI ist die Reduzierung der 12 Stadtbezirke auf 4, das bringt uns 5 Millionen Euro, die wir dann für Kinder, Jugend und Bildung einsetzen können. Auch die Anzahl der Bezirksvertreter könnte von 19 auf 11 reduziert werden. Dann hätten wir faktisch eine 5 % Klausel und auch die FDP wäre in keiner Bezirksvertretung mehr vertreten, aber schadet das etwa, Herr Rettstadt, wo doch bis auf Thomas Gerber kaum einer ihrer Bezirksvertreter mal den Mund aufmacht. Und noch positiver wäre es, dass dann auch die extremistischen Parteien keine Chance mehr hätten. Wer wirklich etwas gegen Rechtstextremismus tun will, der reduziert die Bezirksvertreteranzahl, so dass die Rechten künftig nicht mehr in den BVs vertreten sein können. Ich habe keine Angst, dass ich nicht mehr in der BV Eving vertreten sein werde, denn ich mache dort gute Arbeit und das werden die Wähler beim nächsten Mal auch mit mehr als 5 % honorieren.

Aber auch andere Dinge machen mich stutzig. Der Schmusekurs, den Herr Monegel von der CDU hier schon fährt mit der SPD lässt ja böses erwarten. Auch die Forderung der CDU, jetzt wollen wir aber auch gleich zwei CDU-Dezernenten haben, kennen wir ja aus unserer Spielzeit im Sandkasten. Die Grünen haben zwei bekommen, jetzt wollen wir auch zwei haben. Sie vergessen dabei, jedes Dezernat kostet rund zusätzlich 600.000 €. Und der Vorschlag der FDP, das Sozialdezernat wieder mit den Schuldezernat zusammen zu führen, wird auch die FBI selbstverständlich unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir hatten eine OB-lose Zeit und Herr Sierau, es hat auch ohne einen OB geklappt. Herr Pogadl hat einen guten Job gemacht. Das heißt, Sie sehen, dass wir in der oberen Führungsetage auch mit weniger Personal auskommen können und deshalb ist es sinnvoll, auch nur einen neuen Dezernenten heute auszuschreiben. Denn man muss auch selbstkritisch in der Dezernentenriege sein, wo ist er jetzt, der Herr Steitz? Denn was hat Herr Steitz als Umweltdezernent in den letzten Jahren gemacht? Ich meine, wir hätten auf ihn völlig verzichten können. Da ist nichts passiert, keine neuen Innovationen, da hat, und das muss ich objektiv zugeben, Herr Sierau, als er den Umweltbereich noch in seinem Megadezernat hatte, wesentlich mehr gemacht, allein schon durch die 7% Naturschutzgebiete. Und da sag ich, da können wir auf einen Dezernenten verzichten, der

...

nichts tut, ja der noch nicht einmal in der Lage ist, gegen freilaufende Hunde in den Naturschutzgebieten und rechtswidrig Reitende in den Wäldern vorzugehen, ganz zu schweigen von den in seiner Zuständigkeit liegenden Problemen in der Nordstadt. Dann stecken wir das Geld dann wirklich lieber in den Jugend- und Bildungsbereich stecken.

Eine andere Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren, wären neue Steuern. Die Pferdesteuer, war natürlich eine Sache, wo wir alle erst einmal geschluckt haben. Aber warum denn nicht? Wir haben nur Dreck und Ärger mit den Reitern. Warum sollte man nicht mal an die Pferdesteuer rangehen? Warum sollten die Leute betrafft werden, die einen Hund haben aber die, die ein Pferd, das viel mehr Dreck macht, haben, nicht? Wenn ich mit den Rad irgendwo herfahre, ich wohne zum Glück in einer ländlichen Ecke in Dortmund, da haben wir eine Menge Pferdemist auf den Straßen, auf den Wegen, da reiten die Reiter rechtswidrig in den Wäldern und auch noch ohne Reitplakette. Da wäre meiner Meinung nach durchaus eine Pferdesteuer gerechtfertigt. Das ist eine Sache, die einmal ernsthaft in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium zu überprüfen wäre. Aber hier scheint unsere Bürgermeisterin als passionierte Reiterin, die SPD und Ernst Prüsse mit der Reitpeitsche zurück gepiffen zu haben. Schlimm, diese Klientelpolitik der Sozialdemokraten. Eine andere Sache mit den Steuern, ist die Sexsteuer, was ein sehr zweischneidiges Schwert ist. Wenn wir derzeit von 200 illegal tätigen Prostituierten auf dem Straßenstrich sprechen und wenn es jetzt die Ordnungsverwaltung noch nicht einmal schafft, dagegen vorzugehen, wie soll sie es denn mit einer neuen Steuer schaffen? Das heißt, dass es letztendlich nur Sinn macht bzw. praktikabel ist, wenn wir die Sexsteuer auf die stationären Einrichtungen, so will ich sie mal nennen, beschränken. Zum Schluß noch die Sache mit dem Hund. Natürlich hat jeder fast schon ein Menschenrecht auf einen Hund und das soll auch so bleiben. Aber wir brauchen kein Zweithund, kein Dritthund, kein Viert- und kein Fünfhund. Und deshalb ist es da auch sinnvoll die Zusatzhunde massiv zu besteuern.

Und um weitere Einnahmen zu bekommen und Personen, die sich nicht gesetzeskonform verhalten zu bestrafen und so pädagogisch zu einer Verhaltensänderung zu bringen wie z.B. Verkehrssünder, ist es auch richtig einen neuen Radarwagen anzuschaffen. Herr Rettstadt, es geht doch hier nicht um Abzocke. Wer zu schnell fährt, gefährdet Menschenleben, was bestraft werden muss. Ihr Verständnis von Verkehrspolitik gefährdet Menschenleben. Es ist doch ganz klar, dass hier zum Schutz vor allem von Kindern kontrolliert werden muss. Tempo-30-Zonen, Tempo 50 für die Verkehrssicherheit. Und wenn die Stadt dabei noch eine gute Nebeneinnahme macht, ist das doch äußerst sinnvoll.

Gleiches gilt im Bereich Wald- und Naturschutzgebiete. Wir haben das Probleme das freilaufende unde und rechtswidrige Reitende ökologisch großen Schaden anrichten. Doch da haben wir ein Ordnungs- und Umweltdezernat, wo die Hauptverantwortlichen aber als Stubenhocker lieber die Ordnungs- und Umweltpolitik vom Schreibtisch oder Laptop machen,, anstatt in den Wald zu gehen und dort mal ein bisschen für Ordnung zu sorgen, um dieses schädliche Treiben zu verhindern. Wie viele Rehkitze müssen denn noch geschlagen von wildlaufenden Hunden, bis Sie endlich handeln Herr Steitz? Da muss man doch ganz klipp und klar sagen, es ist keine Abzocke gegen Menschen die ihren Hund rechtswidrig ohne Leine rumlaufen lassen, sondern es ist ein Beitrag für den Natur- und Artenschutz und die Stadt kriegt zusätzlich auch noch Geld rein. Deshalb hoffe ich, dass dort meinen Anträgen für mehr Kontrollen in Wald und Straße zustimmen werden.

Zum Schluss noch die beiden Bereiche, die ich gerne vom Sparen ausgenommen hätte. Das ist zum einen der Umweltbereich. Es kann doch nicht angehen, dass für die Landschaftspflege zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen gerade einmal mickrige 130.000 € zur Verfügung stehen, und dieser Minibetrag soll jetzt auch noch um 50% gekürzt werden. Das ist nicht notwendig und für unsere Stadt ökologisch schädlich. Und deshalb ist es sinnvoll, auf diesen Betrag zu verzichten, denn wir sehen doch, wenn wir zu wenig Geld, und es ist in der Tat ein ganz bescheidener Betrag für die Natur- und Landschaftspflege, geben, dann sterben die geschützten Tierarten aus. Und wie das ausgeht, hab ich wieder einmal dokumentiert. Und Herr Oberbürgermeister dieses Heft werde ich Ihnen jetzt auch überreichen, denn lesen bildet und ich hoffe, dass da bei Ihnen noch einiges für den Artenschutz möglich ist.

Und damit kämen wir auch zur Stellensituation. Es kann doch nicht angehen, dass seit Monaten über den Pleckenbrinksee gesprochen wird und heute keine Vorlage da ist bzw. für die Bezirksvertretung und für den Umweltausschuss. Da muss auch an der Stellensituation im Umweltamt etwas gemacht werden. Es kann doch nicht angehen, Herr Oberbürgermeister, dass ich mich schon fast als Netzbeschmutzer an die EU wenden muss und die Stadt anzeigen muss, weil sie nicht in der Lage ist, ein paar Pfützen anzulegen. Und da haben wir in der Tat ein Personalproblem in der unteren Landschaftsbehörde und deshalb Herr Oberbürgermeister muss es doch möglich sein, aus ihrem

ehemaligen Mega-Planungsamt eine Stelle in die untere Landschaftsbehörde zu verschieben. Sie hatten das damals ja auch gemacht, indem Sie 2 Stellen aus dem Umweltamt in ihren persönlichen Stab verschoben haben und das gilt es jetzt endlich wieder für die untere Landschaftsbehörde rückgängig zu machen.

Letzter Punkt ist keine Kürzung in den Bereichen Bildung, Jugend, Familie, auch keine versteckten Kürzungen. Die Jugendhilfe ist seit Jahren unterfinanziert und da sollten wir nicht noch weiter zu Lasten von Kindern und Jugendlichen sparen. Deshalb meinen ganz herzlichen Respekt Frau Bonekamp, dass Sie sich in dieser Männerrunde so akribisch und so engagiert bemühen, die Interessen von Kindern, Jugend und ihre Bildung durchzusetzen. Wir haben auch noch ein anderes Problem mit der JFS Hombruch, dazu später, denn Sie haben auch auf jeden Fall die Unterstützung der FBI für ihre Kinder- und Jugendpolitik. Ich will lieber bei der Politik sparen, bei der Anzahl der Bezirksvertretungen, der Ratsvertreter, der Fraktionszuwendungen, als das ich einen Euro im Jugend-, Bildungs- und Familienbereich kürze und will nur hoffen, dass Sie meine verehrten Kollegen, dies genauso sehen. Denn wer bei Kindern und Jugendlichen kürzt, der kürzt die Zukunft dieser Stadt. Danke schön.

## **Haushaltsrede von Rm Thieme (NPD)**

Wir Nationaldemokraten können natürlich diesem Haushaltsplanentwurf nicht zustimmen. Das hat auch damit etwas zu tun, dass wir uns als Interessenvertreter hier im Rat verstehen und zwar als Interessenvertreter der Deutschen, die es noch sein wollen in dieser Stadt. Und davon gibt es eine ganze Menge und da kann es natürlich nicht sein, dass wir solchen Dingen zustimmen, wie sie hier im Haushaltsplanentwurf festgeschrieben werden. Dass also Geld, was auf der anderen Seite den Menschen, den Familien gekürzt wird, wo Beiträge erhöht werden, um dafür einen ideologischen Kampf gegen Rechts zu führen, also einen ideologischen Kampf gegen Deutsche, das dafür also Geld ausgegeben werden soll, 100.000 € für den „Hassapostel gegen alles Deutsche“ Anders-Hoepgens.

Oder man kauft ein Haus auf der Rheinischen Straße für 300.000 € bei leeren Kassen, um nationalgesinnte Leute, die sich dort treffen und ein Begegnungszentrum dort aufgebaut haben, zu vergraulen. Das sind ja Methoden, die man den Nationalsozialisten vorwirft, die hätten doch Andersdenkende verfolgt. Heute wird das genauso gemacht unter umgekehrten Vorzeichen. Das sind alles Dinge, denen wir natürlich nicht zustimmen können.

Und was ist dieser Haushalt? Der ist nichts anderes, als die anderen Haushalte vorher auch. Eine Fortschreibung Ihrer Verwahrlosungspolitik, wie wir die Ergebnisse heute in der Nordstadt oder auch in anderen Stadtteilen im Nordwesten / Nordosten sehen können. Das können Sie dort besichtigen und da ist ja immerhin viel Geld hineingepumpt worden, was man Deutschen Interessen vorenthalten hat.

Da können Sie sich mal die letzten und den aktuellen Haushaltsplan anschauen, wieviel Geld da hineingepumpt wird, damit sich die Ausländer dort wohlfühlen und nicht rebellieren in ihren Ghettos. Das wird aber nicht zu verhindern sein. Wenn Sie sich das angucken, die Ergebnisse dieser Verwahrlosungspolitik, dann sehen Sie dort ja die tägliche Kriminalität: Drogenhandel, Prostitution und alles was noch dazugehört.

Und jetzt möchte sich die Stadt auch noch als Zuhälter betätigen und dort mit abkassieren. Das kann man überhaupt Keinem erzählen, dann fragt der einen, ob man noch alle Tassen im Schrank hat. Also die Stadt betätigt sich jetzt oder möchte sich betätigen als Zuhälter und findet das auch ganz normal. Und von daher habe ich die Befürchtung: Sie werden gar nicht begreifen, dass Sie mit diesem Haushaltsplanentwurf eine weitere Fortschreibung dieser Verwahrlosungsprozesse fortschreiben werden.

Aber wichtig ist Ihnen der Kampf gegen Rechts und die Bürger müssen für Ihre politischen und ideologischen Missetaten aufkommen. Abgelehnte Asylbewerberfamilien, die als Asylbetrüger im Prinzip schon seit zehn Jahren nach Hause geschickt gehörten, die werden hier auf unsere Kosten alimentiert. Und das kostet mal schlappe zwölf Millionen Euro im Jahr. Wir dulden hier, glaube ich, tausend Familien aus irgendwelchen Bürgerkriegsgebieten, wo schon lange kein Bürgerkrieg mehr herrscht. Und die kosten uns richtig Geld und die bleiben gerne, weil es denen -dank Ihrer Politik- hier ganz ausgezeichnet geht.

Das müssen wir alles bezahlen. Der Bürger aber soll seinen Gürtel enger schnallen. Apropos sparen: Ich ärgere mich jedes Mal, wenn ich von Ihnen das Wort sparen höre. Sparen ist, etwas auf die hohe Kante legen. Da können Sie mal im Brockhaus oder sonstwo nachschauen. Sparen heißt, Geld auf die Seite legen für schlechte Zeiten. Hier wird eine Begriffstäuschung verwendet, dass man sagt, wenn wir weniger Geld verprassen, dann ist das schon sparen, das ist doch krank!

Vielen Dank, auf Wiedersehen und gute Besserung.

## Haushaltsrede von Rm Kowalewski (Die Linke)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Kämmerer, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich fange mal mit einem Lob an: Von **Betriebswirtschaft** verstehen Sie alle eine Menge. Und von daher ist der vorliegende Haushaltsentwurf auch nur folgerichtig.

Daran schließt sich allerdings direkt unser zentraler Kritikpunkt an: Leider kann das was betriebswirtschaftlich richtig erscheint, **volkswirtschaftlich** völlig falsch sein. Und da ich davon ausgehe, dass sie uns das mal wieder nicht glauben werden, führe ich jemanden als Kronzeugen an, der sicherlich unverdächtig sein dürfte irgendwelchen **linken Ideologien** anzuhängen: Der US-Präsident Barack Obama hat kurz vor dem G20-Gipfel die allgegenwärtige **Sparideologie in Deutschland**, die ja auch Ausdruck in ihrem Haushalt findet, scharf kritisiert. Sie trage dazu bei, die Konjunktur abzuwürgen und die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zu verlängern. Deutschland solle lieber seine schwache Binnennachfrage stärken, so der US-Präsident.

In der Tat nähern sich unsere Städte einem Zustand, den man 1980 in den USA schon studieren konnte: gespalten in arme und wohlhabende Stadtteile, konzentrieren sie die knappen Mittel auf wenige „Leuchtturmprojekte“, während ganze Viertel abgehängt werden, verwahrlosen und die Infrastruktur verfällt. Barak Obama kennt diese Entwicklung schon und hat seine Schlüsse daraus gezogen. Auch wenn Sie dies für Dortmund noch zurückweisen werden – Ihr Haushaltsplan bietet keine Chance, diese Entwicklung aufzuhalten.

Die Krise ist aber auch eine Krise unserer **Wirtschafts- und Lebensweise**. Unser gewohntes Wachstumsmodell funktioniert nicht mehr. Die Konjunkturaufschwünge werden seit Jahrzehnten immer flacher. Die Arbeitslosigkeit geht auch im Aufschwung nicht mehr zurück. Warum? Weil mit den Arbeitseinkommen die Kaufkraft stagniert. Und weil seit zwanzig Jahren jeder Produktivitätszuwachs einseitig nur noch die Kapitalgewinne aufbläht, während die Einsparung von Arbeitsplätzen die Allgemeinheit belastet. Deshalb wird der nächste Aufschwung allenfalls ein kurzes Zwischenhoch, und dann gehen die öffentlichen Finanzen noch tiefer in den Keller – wenn man nichts **grundlegend ändert**.

Ein Volkswirtschaftler würde in der Krise die **Nachfrage** stärken und Haushaltskürzungen vertagen, bis die Steuereinnahmen wieder sprudeln. Die Nachfrage stärken kann die Kommune, indem sie die **Beschäftigung** ausweitet, **Tariflöhne** und **Mindestlöhne** von ihren Geschäftspartnern verlangt, und ihre **Investitionen** steigert.

Und was tun Sie ? Mehr als 400 **Stellen** in der Verwaltung, die entweder aus dem Stellenplan **gestrichen** oder zumindestens nicht wieder besetzt werden sollen. Das entspricht den Arbeitsplätzen von fünf Karstadt-Technikhäusern. Investitionen in die Instandhaltung der Dortmund Infrastruktur werden bis an die Belastbarkeitsgrenzen weggekürzt und mit der Erzeugung eines **Investitionsstaus** der gleiche Fehler wiederholt wie einst beim Klinikum, nur diesmal auf die Gesamtstadt bezogen. Soziale Maßnahmen beschränken sich zunehmend auf den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen und werden schrittweise zusammen gestrichen. Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden zunehmend **privatisiert**. Aus einer **Strukturkrise** kann man sich aber nicht heraussparen. Durch Sparen wird die politisch gewollte Unterfinanzierung der Kommunen nicht aufgehoben.

Dass Dortmund 1,3 Milliarden Euro an Kassenkrediten mit Ausgabenkürzungen tilgen könnte, glaubt ohnehin niemand mehr – nicht einmal der Kämmerer. Ob Dortmund nun von der Bezirksregierung kaputt gespart wird oder von der eigenen Stadtspitze, macht in der Sache für die betroffenen Bürger keinen Unterschied. Am Ende heißt es auch zu Zeiten einer Fussball-WM nicht mehr „**Wir sind Deutschland**“, sondern für immer mehr Menschen heißt es „**Wir sind Hartz IV**“. In Dortmund sind dies inzwischen über 82000 Menschen, rund 3000 Menschen mehr als im vergangenen Jahr und ein Rekordergebnis für Dortmund. Dortmund hat nicht umsonst von DGB-Chef Guntram Schneider das Prädikat verliehen bekommen Deutschlands Hauptstadt der Niedrigverdiener und Aufstocker zu sein.

Das statistische Bundesamt hat gerade erst Daten zum **Armutsrisiko** der Deutschen veröffentlicht. Dortmund liegt dabei auf einem der letzten Plätze der bundesdeutschen Großstädte. Wirklich schlechter ist nur noch Leipzig - übrigens dank einer informellen großen Koalition im dortigen Stadtrat. Diese Koalition hat dort dazu geführt, dass die Kontrollrechte des Rates weitgehend ausgehebelt wurden, mehrere städtische Unternehmen plötzlich überraschend in Konkurs gingen und es Korruptionsfälle gab, die letztlich zum Rauswurf des Kämmerers geführt haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jeder fünfte Dortmunder ist derzeit konkret von Armut bedroht. Und das ist ein Ergebnis, dass können Sie nicht auf die Finanzkrise schieben, denn von dieser sind alle anderen deutschen Städte ganz genauso betroffen. Nein, das ist das **Ergebnis der Dortmunder Lokalpolitik**. Diese Politik setzen Sie mit dem aktuellen Haushalt nicht nur nahtlos fort – sie verschärfen sie sogar noch ! Wir

halten diesen Weg für falsch und können ihm deshalb auch nicht zustimmen.

Sie verplempern jährlich Millionen bei Unternehmerfrühstücken und Standortmarketing. Sie rollen Unternehmen wie TEDI den roten Teppich aus, damit die sich mit prekären Jobs und Aufstockerlöhnen bedanken. Sie leisten sich einen Prestigeflughafen mit bald 30 Mio Defiziten jährlich. Das alles stellen Sie so wenig in Frage wie Langemeyers protzige **Leuchtturmprojekte**.

Für 2009 haben wir das nachgerechnet. Etwa 65 Mio € standen für Wirtschaftsförderung, Marketing, Subventionen und Dienstleistungen für Unternehmen, Grundstücksgeschäfte, Bankzinsen u.ä. im Haushalt, die man gut und gerne für sozialere Aufgaben **umschichten** könnte. Zusätzlich wären um die 30 Mio an Mehreinnahmen zu erzielen gewesen, wenn all Ihre Dienstleistungen für die Wirtschaft wenigstens kostendeckend arbeiteten.

Für 2010 konnten wir das nicht mehr aktualisieren, weil Herr Stüdemann dem Rat die Produktpläne vorenthält. Nicht mal die Kennziffern der Produkte werden noch mitgeteilt. Falls Herrn Stüdemanns Begründung stimmt, dass niemand außer uns LINKEN sich für die Produktfinanzierung interessiert, dann tritt der Rat das **Budgetrecht des Rates** de facto an die Bürokratie ab. Dann sollten die Bürger allerdings den Stadthaushalt besser selbst aufstellen, als ihn diesem Rat zu überlassen.

In einer Pressemitteilung des Verwaltungsrates vom Dienstag heißt es - ich zitiere: „Die hierfür notwendigen Produktinformationen, also Ziele und Kennzahlen, werden hinsichtlich ihrer Aussagekraft weiter verbessert. (...) Hierdurch wird den berechtigten Informationswünschen, insbesondere denen der politischen Gremien, Rechnung getragen.“ Das ist angesichts des Fehlens der Produkte in den Ratsunterlagen in hohem Maße unredlich und eine **Täuschung der Medien** und damit der Öffentlichkeit. Wir sehen die Herstellung von Transparenz aber als Bringschuld des Kämmerers und nicht als Holschuld der Ratsmitglieder. Alleine schon aus diesem formalen Grund kann aus unserer Sicht nur eine Ablehnung des Haushaltes erfolgen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann man diesem Kaputtsparkurs ohnehin nicht zustimmen. Es wird Zeit, dass sich effektiver Widerstand in der Bürgerschaft für ein solidarisches Dortmund organisiert. Den Beitrag, den wir dazu leisten können, werden wir leisten.